Wir stehen hier am Ende dieser Reihe von Untersuchungen, Vermuthungen und Auseinandersetzungen. Die gewonnenen Resultate sind weder so vollständig, noch namentlich so sicher, wie wir wünschen möchten.

Aber gewisse Hauptzüge und Thatsachen scheinen uns doch gewonnen, der Charakter sowie der Gegensatz einer Reihe von Instituten, die für die norddeutsche Handelsgeschichte und damit für die Geschichte des deutschen Bürgerthums wichtig sind.

Die zweite Hälfte der Regierung Heinrichs IV., so arm, wie wir oben sagten, an Marktgründungen, ist erfüllt von grossen tiefgehenden Bewegungen, die allen Richtungen des nationalen Lebens ein neues Tempo, zum Theil auch neue Ziele gab.

Wir treten an den zweiten Theil unsrer Aufgabe heran und versuchen, einmal die treibenden Kräfte und den Zusammenhang dieser Bewegungen nachzuweisen, dann aber festzustellen, wie sie eben jene oft erwähnten Institute, das Recht des Markts, des Kaufmanns, der Gilde und der Hanse beeinflussen oder neue Bildungen diesen alten hinzufügen mussten.

II.

Zur Geschichte des sg. magdeburger Lehnrechts.

Von

Herrn Professor Dr. iur. **Wilhelm von Brünneck**
in Halle a/S.

Die Kulmer Handfeste vom 28. December 1233 machte in den Städten Kulm und Thorn das magdeburgische Recht zur Grundlage der Rechtspflege¹⁾. Mit der weiteren Verbreitung des kulmischen Rechts erlangte zugleich das magdeburger Recht

¹⁾ Aeltestes Privilegium Art. 4 „Statuimus autem in eisdem civitatibus iura Magdeburgensia in omnibus sententiis imperpetuum servari“ (Preuss. Urkundenbuch I Nr. 105).

in Preussen, in zahlreichen Städten und auf dem platten Lande Geltung.

In keinem Zusammenhange mit dem von der Stadt Magdeburg ausgehenden Recht steht das magdeburgische Recht, welches der Deutsche Orden seit dem dritten Jahrzehnt des vierzehnten Jahrhunderts seinen Güterverleihungen an einzelne Private, neben dem bis dahin im Lande vorherrschenden kulmer Recht und ausser dem polnischen und preussischen Recht zu Grunde legte. Die Urkunden bezeichnen es seiner Art und Beschaffenheit nach nicht näher. Es heisst schlechthin magdeburger Recht (*ius Magdeburgense*)¹⁾.

Schon dieser Umstand macht es unwahrscheinlich, dass man in Preussen mit dem magdeburger Recht, wo es als Norm diente für die Ueberlassung eines Besitzrechtes gewisser Art an Liegenschaften, von vornherein den Begriff des Lehnrechts im wahren und eigentlichen Sinne verbunden hat. Es kommt hinzu, dass der Deutsche Orden, mochte er immerhin Grund und Boden für gewöhnlich und der Regel nach nur zu abgeleiteten Rechten verleihen, indem er sich als Eigenthümer des von ihm eroberten Landes betrachtete, das Eindringen des Lehnrechts von seiner neuen Staatsschöpfung zunächst wohlweislich fernhielt²⁾. Warum sollte ferner jenes Recht, welches man neben dem kulmischen und anderen Rechten den Güterverleihungen in Preussen zu Grunde legte, gerade den Namen des magdeburgischen Rechts erhalten haben, wäre damit ein Lehnrecht gemeint gewesen? Ein besonderes, vom sächsischen Lehnrecht verschiedenes magdeburger Lehnrecht hat in Stadt und Land Magdeburg niemals oder doch im Mittelalter nicht Geltung gehabt³⁾. — Wohl aber gab es bekanntlich ein eigenes

¹⁾ Vgl. z. B. die Urkunden der Hochmeister: Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (Cod. dipl. Pruss. ed. Io. Voigt III Nr. 17), Winrich von Kniprode v. 1355 (Zeitschr. d. historischen Vereins zu Marienwerder, VIII. Heft S. 43 u. 44) u. v. 1362 (v. Mülverstedt, Diplomatar. Heburgense II S. 828). — ²⁾ v. Martitz, Das eheliche Güterrecht des Sachsenspiegels S. 46. — ³⁾ S. den Lehnsbericht des Erzbischofs Günther von Magdeburg v. J. 1440 an den Hochmeister Paul von Russdorf (Steffenhagen, Deutsche Rechtsquellen in Preussen S. 105): „Wir wissen ouch zcu lehnrechte kein sunderlich Magdeburgisch recht, sunderlie bie dem privilegien der Sachssen, das man den Sachsenspiegel nennet, ist mit anbracht eynt teill, das lehenrecht heisset“.

magdeburger Dienstrecht, dessen schriftliche Verzeichnung im dreizehnten Jahrhundert erfolgte¹⁾. Es liegt so der Gedanke nahe, in ihm die Quelle zu suchen, aus welcher das magdeburger Recht in Preussen, wo es bei Güterverleihungen zur Anwendung kam, abgeleitet wurde.

Dagegen erhebt sich jedoch sofort das Bedenken, dass die Hochmeister des Deutschen Ordens niemals nachweislich Ministerialen an ihrem Hofe, noch sonst unfreie Ritter in ihrem Dienste gehabt haben. Ueberdies aber ergibt schon ein, auch nur flüchtiger Einblick in die betreffenden Urkunden, dass das magdeburger Recht, welches dem Orden bei Güterverleihungen zur Norm diente, von dem Rechte, zu dem die magdeburger Dienstmänner ihre Hof- oder Dienstlehen besaßen, in nicht unerheblichen Punkten abwich. Freilich stimmt es ebensowenig mit dem sächsischen Land- noch Lehnrecht überein, während es andererseits gewisse Momente enthält, welche theils an das sächsische Lehnrecht, theils an das magdeburger Dienstrecht erinnern.

Woher stammt denn nun aber die Bezeichnung jenes Rechts als magdeburger Recht, wenn es weder dem sächsischen Recht, noch dem magdeburger Dienstrecht gleichkam, und was war seine eigentliche Bedeutung? Eine befriedigende Antwort auf diese Frage giebt die Rechtsgeschichte Preussens für sich allein genommen nicht. Man muss Umschau halten und die Rechtsgeschichte eines der andern Länder im Osten Deutschlands zu Rathe ziehen, zu welchem der Deutsche Orden in Beziehungen stand und wo er festen Fuss fasste, wenn er auch nicht, wie in Preussen, zur Herrschaft über Land und Leute gelangte.

In Betracht kommt da Mähren und ein Theil von Schlesien. Von den böhmischen Königen begünstigt und mit umfassenden Privilegien begnadigt, hatte dort der Orden ebenso wie in Böhmen seit dem Beginn des dreizehnten Jahrhunderts Niederlassungen errichtet und grössere Complexe von Gütern erworben²⁾.

¹⁾ Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen I S. 582. —

²⁾ S. Joh. Voigt, Geschichte der Ballei des Deutschen Ordens in Böhmen (Denkschrift der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu Wien, philologisch-histor. Klasse XII. 1862) S. 89. 91 ff. Vgl. ferner Dudik, Mährens allgemeine Geschichte Bd. X S. 378 ff.

Ein Theil derselben¹⁾ lag unweit der Grenzen des Herrschaftsgebietes des olmützer Bischofs, welcher unter der Oberhoheit des Königs von Böhmen beziehungsweise des Markgrafen von Mähren eine, freilich nur abgeleitete Gewalt als Landes- und Lehnsherr ausübte.

Zum Bischof von Olmütz wurde im Jahre 1245 durch den Papst Innocenz IV. Bruno (Brun) von Schaumburg ernannt. Bruno war früher (etwa um 1231) Domherr in Magdeburg gewesen und hatte darauf bis zu seiner Ernennung zum Bischof von Olmütz die Stellung des Dompropstes in Lübeck und Hamburg bekleidet²⁾. Ein eifriger Gönner und Freund des Deutschen Ordens ging er im Jahre 1253 als Gesandter Ottokars III. nach Preussen, um dem samländischen Volke ein Sendschreiben zu überbringen, worin dieses zu friedlicher Ergebung und Annahme des Christenthums aufgefordert wurde. Zugleich aber sollte er den Hochmeister und die Gebietiger von der Heerfahrt benachrichtigen, welche der König gegen die heidnischen Preussen zu unternehmen gedachte und demnächst (1259) auch vollführte.

Das nahe Verhältniss des Ordens und seiner Beamten, von denen manche mährischen Commenden kürzere oder längere Zeit vorstanden, zu Bruno und dem olmützer Bisthum machen es erklärlich, dass man in Preussen mit Einrichtungen bekannt wurde, welche jener Bischof in Mähren einführte. Und diese einmal vorhandenen Beziehungen überdauerten Brunos Tod (1281). Man darf so annehmen, dass auch die weitere Entwicklung, welche der von ihm in seinem geistlichen Fürstenthum geschaffene Rechtszustand unter der Regierung seiner Nachfolger auf dem bischöflichen Stuhl erfuhr, den Hochmeistern und Gebietigern des Ordens nicht fremd geblieben ist.

Die Ernennung Brunos zum Bischof war ohne Rücksicht auf die vorangegangenen Kapitelswahlen erfolgt. Um den Schwierigkeiten gewachsen zu sein, die ihm in Folge dessen bei Antritt seines geistlichen Amtes entgegentraten, musste

¹⁾ So z. B. Lubuscha und Rautenberg, zum Fürstenthum Troppau gehörig, in dessen Nachbarschaft sich die Güter befanden, welche der Bischof Bruno von Olmütz nebst der Hälfte des Schlosses Fullstein seinem Truchsess Herbord i. J. 1255 verliet (Cod. dipl. Moraviae III Nr. 222). — ²⁾ S. Dudik a. a. O. V S. 342—343.

sein Streben dahin gerichtet sein, sich im Lande eine entsprechende Macht zu sichern. Wie er Bürger und Bauern als Colonisten aus Deutschland berief, zog er von dort Ritter und Knappen herbei, indem er ihnen Güter aus dem bischöflichen Besitz verlieh. Nicht weniger schaffte er sich einen Anhang unter dem slavischen Adel. Die von ihm beliehenen einheimischen Ritter und Knappen empfingen ihre Güter zu den nämlichen Bedingungen und mit denselben Vorrechten, wie die deutschen. Die Normen für die Güterverleihungen setzte er theils selbständig fest, theils entnahm er sie dem Rechte des Erzbisthums Magdeburg. Mit diesem mochte Bruno von der Zeit her bekannt sein, wo er Mitglied des magdeburger Domkapitels gewesen war. Die Verleihungen selbst fanden jedoch nicht immer in der gleichen Weise statt. Daher ist denn die Bedeutung, welche die darüber ausgestellten Urkunden dem magdeburger Recht zuschreiben, nicht in allen Fällen die gleiche.

Im Jahre 1255 verleiht der Bischof mit Genehmigung des Domkapitels dem Ritter Herbord, seinem Truchsess, für sich und seine Erben in Anbetracht der Verdienste, welche sich dieser um die olmützer Kirche während einer Fehde mit dem Herzog Wladislaw von Oppeln erworben hatte, einige in dem damals noch polnischen Schlesien (in Polonia) und andere in Mähren belegene Dörfer: mit Weiden, Wiesen, Wäldern, Fischereien, Gewässern, Mühlen, Jagden, Aeckern und Oedländereien, Vorwerken und allen übrigen Pertinenzien, dazu die Hälfte des Schlosses Fullstein zu magdeburgischem Dienstrecht (*iure ministerialium Magdeburgensis ecclesie*). Die mitverliehene Hälfte des Schlosses Fullstein soll für ewige Zeiten mit dem Truchsessamt verbunden sein und dessen Zubehör bilden¹⁾. Wie die Urkunde des weiteren berichtet,

¹⁾ S. die Urkunde im Cod. dipl. Morav. (ed. Božek) III Nr. 222. Die Worte, auf welche es hier ankommt, lauten: „Bruno dei gracia Olomucensis episcopus — Nouerit — presentium etas, et futurorum posteritas, quod nos bona nostra uidelicet uillam Glesin et uillam Thomaz — in Polonia sitas Herbordo militi dapifero nostro et suis heredibus, insuper alia bona uidelicet uillam Rudolueswalt — et uillam Godeuridestorp — et uillam Zlawecowe — de capituli nostri sicut iuris est — conscia, bonaque uoluntate, accedente — ad hoc singulorum

machte derselbe Truchsess Herbord aus eigenem Antrieb und mit ihrer Einwilligung seine drei Söhne Johann, Herbord und Dietrich zu Dienstmannen der Olmützer Kirche, um selbst und mit ihren Erben und Nachkommen dieser für immer zu Ehrerbietung, Gehorsam und Treue nach Massgabe des magdeburger Dienstrechts verbunden zu bleiben. Früher Dienstmannen des Nonnenklosters Molbeck der Diöcese Minden hatte sie ihr Vater Herbord von der Aebtissin losgekauft und ihre Entlassung aus dem dortigen Dienstverhältniss veranlasst. Die Mittheilung über diesen Hergang geschieht mit dem ausdrücklichen Bemerkem, dass die bischöfliche olmützer Kirche bis dahin noch keine Dienstmannen gehabt habe. Demnach war also das Institut der Ministerialität ihrem Rechte vor dem Jahre 1255 fremd; es wurde jetzt erst von Bruno neu eingeführt¹⁾.

Alter, als die zu magdeburger Dienstrecht, ist die Verleihung von Gütern, welche dieser Bischof zu Lehn gab. Sie reicht, was Mähren und Schlesien angeht, vier Jahre weiter,

dominorum canonicorum nostrorum grato et unanimi consensu — iure ministerialium Magdeburgensis ecclesie tam in pascuis quam in pratis, siluis, piscationibus, aquis, molendinis, uenationibus, agris cultis et incultis, allodiis et ceteris omnibus attinentiis, nec non et medietatem castri Wlmensten, que perpetuo ad dapiferatus officium pertinebit, duximus conferenda. Idem quoque Herbordus miles dapifer noster filios suos Iohannem, Herbordum et Theodoricum motu proprii arbitrii sui et eorum dedit et obtulit ministeriales ecclesie nostre, que prius nullos habebat, ut sibi deuotione, obsequio fideque debita ipsi et heredes eorum, nec non et tota posteritas iure ministerialium Magdeburgensis ecclesie perpetuo sint astricti. Quos prefatus dapifer sicut nobis et capitulo nostro permiserat (sic!) ab ecclesia Molbeke Mindensis diocesis, cuius ante ministeriales fuerant, plene redemit et absoluit et manumitti procurauit; ipsique per patentes literas abbatisse et conuentus eiusdem loci nostro Olomucensi ecclesie liberi sunt transmissi“.

¹⁾ Die angeführte Urkunde von 1255 ist die einzige der von Bruno ausgestellten zahlreichen Urkunden, welche der Cod. dipl. Mor. enthält, worin einer Güterverleihung zu Dienstrecht und der Begründung eines Dienstverhältnisses gegenüber der Kirche von Olmütz mit ausdrücklichen Worten gedacht wird. Es muss daher dahingestellt bleiben, ob und wie viele Ministerialen sich etwa noch ausser dem Truchsess Herbord und seinen Söhnen in Diensten Brunos befanden. Jedenfalls ist es aber wohl stark übertrieben, wenn Lorenz in der Allgemeinen Biographie III S. 431 behauptet, dieser Bischof habe sich einen zahlreichen Ministerialenstand geschaffen.

also bis zum Jahre 1251, zurück¹⁾. Ein Knappe Berthold besass schon von der Zeit her, als Bruno bei Antritt der Regierung des Bisthums Olmütz zuerst nach Mähren kam, auf Grund einer Urkunde, die seinen Besitz rechtfertigte, das bischöfliche Dorf Hirsitz. Um der guten Dienste willen, welche er der olmützer Kirche geleistet hatte, erhält er von Bruno im genannten Jahre 1251 nach eingeholter Zustimmung des Domkapitels dieses Dorf mit allen dazu gehörigen Ländereien und grundherrschaftlichen Gerechtsamen an Zinsen, Zehnten, Abgaben und Frohnden, sowie auch mit der Patrimonialgerichtsbarkeit als Lehn (in feodum) verliehen und verschrieben. Auf Grund der Belehnung soll er das Dorf für sich und seine Erben innehaben und besitzen, jedoch so, dass in den Lehnsbesitz allein die Söhne, nicht die Töchter erbfolgeberechtigt sind. Es wird ihm andererseits zur Pflicht gemacht, von jeder an Bauern gegen Dienst und Zins ausgethanen Hufe den olmützer Domherren alljährlich einen Recognitionszins von einem Scheffel Weizen zu entrichten, wie ihn auch andere bischöfliche Lehnsleute zu leisten haben. Dahingegen bleiben von dieser Abgabe die durch ihn selbst und seine Reisigen und Diener bewirthschafteten Hufen befreit. Insoweit werden die Modalitäten der Verleihung festgesetzt, ohne dass auf irgend welches andere Recht Bezug genommen oder verwiesen würde. In dem Lehnbrief wird dann aber noch ausserdem verfügt, der Berthold solle für sich und seine Erben, worunter jedoch nur die Söhne verstanden werden, in Rücksicht des empfangenen Lehns des Rechts der Vasallen der magdeburger Kirche theilhaftig sein. Dieses Recht gewähre er, der Bischof Bruno, allen, welche von ihm Güter zu Lehn empfangen²⁾.

¹⁾ Noch zwei Jahre früher (1249) verlieh Bruno zwei Dörfer in Böhmen an Gallus von Loewenberg zu Lehnrecht. Die betreffende Urkunde (Cod. dipl. Mor. III Nr. 138) kann hier unberücksichtigt bleiben. Denn einmal bezieht sie sich nicht auf den Bereich der eigentlichen Herrschaft des olmützer Bischofs in Mähren und Schlesien; ferner aber enthält sie, von den Worten „iure pheodali“ abgesehen, nichts, woraus die Modalitäten der Verleihung sich erkennen liessen. — ²⁾ Der im Text seinem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilte Lehnbrief findet sich abgedruckt im Cod. dipl. Mor. III Nr. 166. Man vgl. dort die Worte: „Bruno e. o. — Bertholdo famulo suo et heredibus suis in perpetuum — Quoniam — in primo introitu episcopatus nostri cum intraremus Moraviam

Die im Lehnbrief von 1251 getroffenen Verfügungen wurden typisch für alle seitdem von Bruno zu Lehnrecht erteilten Verleihungen und Verschreibungen. Sein dispositiver Inhalt kehrt in den späteren Lehnbriefen wieder, mag nun darin des magdeburger Vasallenrechts und seiner Bewilligung an die belehnten Grundbesitzer ausdrücklich Erwähnung geschehen oder nicht¹⁾. Das schloss jedoch nicht die Aufnahme anderer Bestimmungen aus, welche ihrem dem Lehnbriefe von 1251 entlehnten Texte eingereiht und hinzugefügt wurden. Neu ist darin die Unterscheidung der Lehne, welche die Mannen aus dem bischöflichen Besitz empfangen, und andern Gütern, welche sie mit eigenen Mitteln erwarben und nach erfolgter Auftragung vom Bischof als Lehn zurückempfangen. Die ersteren, in den Urkunden schlechthin bischöfliche Güter (*bona episcopalia*) genannt, werden durchaus nach Massgabe der in dem Lehnbriefe von 1251 aufgestellten Grundsätze behandelt. Während sie mit der Reallast des Recognitionszinses beschwert sind, beschränkt sich bei ihnen die Vererbung auf den vom ersten Lehnserwerber ausgehenden Mannsstamm. Anders verhält es sich mit den *feuda oblata*. Diese bleiben frei von der Abgabe des Recognitionszinses an die olmützer Domherren. Dahingegen erweitert sich bei ihnen die Vererbung. Mit den Söhnen

te in cuiusdam ville possessione — Hirsitz — invenimus et eandem villam ostendisti per sufficiens documentum te rationabiliter possidere. Nos tibi, qui te tam fidei puritate quam servitiorum exigentia, retributionis premio dignum reddis, damus et conferimus — in feodum capituli nostri accedente consensu predictam villam in Hirsitz — cum omnibus iuribus, censu, decimis, iudicio, stewris, vecturis, prouentibus, attinentiis, siluis, pratis, pascuis et vtilitatibus — et eandem villam — per te ac heredes tuos filios dumtaxat et non filias titulo feodi teneas et possideas. ac ratione ipsius feodi ius vasallorum ecclesie Magdeburgensis habeas in omnibus indistinctum, quod omnibus infeodatis a nobis concedimus quoque heredes tui filii tantum — gaudeant —. Dabis etiam in recognicionem honorum eorundem annis singulis canonicis nostris Olomucensibus de quolibet manso tibi seruiente mensuram tritici, quemadmodum alii infeodati dare tenentur. Non dabis etiam mensuram tritici de agris, quos ad vsus tue agriculture ac famulorum tuorum duxeris deputandos —“

¹⁾ Vgl. die Urkunden von 1263. 1264 (Cod. dipl. Mor. III Nr. 353. 363. 364) 1268. 1270. 1272. 1273. 1274. 1275. 1277. 1280 (daselbst IV Nr. 11. 36. 37. 38. 47. 67. 71. 83. 84. 85. 86. 87. 89. 116. 143. 173).

werden die Töchter des erstbeliehenen Besitzers und seiner Rechtsnachfolger zur Lehnserbfolge berufen¹⁾. Die Lehnbriefe aus der Zeit nach 1251 sind es auch, welche uns zuerst Kunde geben von der militärischen Verpflichtung der olmützer Vasallen. Sie ist als Reiterdienst sowohl von den bischöflichen Gütern, wie von den aufgetragenen Lehen zu leisten. Was aber ihren Umfang angeht, so müssen die Lehnbesitzer nicht allein dienen, wenn es gilt, die Kriegshülfe zu leisten, die der Bischof dem Könige von Böhmen, beziehungsweise dem Markgrafen von Mähren als dem obersten Herrn des Landes schuldet. Sie sind nicht minder verpflichtet, dem Bischof und seiner Kirche in deren eigenen Fehden mit Waffen und Pferden nach

¹⁾ S. die Urkunde von 1264 (Cod. dipl. Mor. Nr. 363): „In recognitionem — bonorum episcopalium que tibi contulimus, dabis annis singulis canonicis ecclesie nostre mensuram vnam tritici — de manso siue de laneo quolibet, et de mansis dumtaxat censualibus tibi, de allodio tuo — nichil dabis. — Item de bonis emptis ut ab hiis discerni possint, similiter nichil solues. Nam bona episcopalia que tibi collata sunt, ad heredes tuos, tantum filios transferentur, et numquam ad filias; sed empticia bona iure successionis tam ad filias quam ad filios transferentur“. Vgl. ferner die Urkunden von 1263. 1266 (das. III Nr. 353. 385). 1268. 1270. 1274 (das. IV Nr. 36. 37. 38. 85. 86. 87). — Der Ankauf oder sonstige Erwerb von Gütern, um sie der bischöflichen Kirche aufzutragen und darauf als Lehn zurückzuempfangen, blieb nicht dem freien Belieben der mit bischöflichen Gütern beliehenen Vasallen überlassen. Nachdem man zuerst in den einzelnen Fällen eine bezügliche Stipulation in die Lehnverträge aufgenommen hatte, wurde er durch ein vom Bischof und dem Kapitel gemeinsam beschlossenes Statut allgemein vorgeschrieben; vgl. die Urkunden von 1264. 1266 (Cod. dipl. Mor. III Nr. 363. 364. 366). 1268. 1270. 1272 (das. IV Nr. 11. 36. 37. 38. 64). — Es geschah das mit der Massgabe, dass die anzukaufenden Güter ihrem Werthe nach einem bestimmten Theil des Werthes ($\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{2}$) der verliehenen bischöflichen Güter entsprechen sollten; s. die Urkunden von 1270. 1272 (Cod. dipl. Mor. IV Nr. 38. 64). Der Belehnung mit bischöflichen Gütern wurde für die Zukunft Dauer und Rechtsbeständigkeit nur unter der Voraussetzung zugesichert, dass die Lehnsempfänger die gedachte Bedingung erfüllten. Daher war es eine besondere Begünstigung, wenn nachher ein oder das andere Mal ein bischöfliches Gut zu Lehn gegeben wurde, ohne dass seinem Besitzer der Erwerb eines eigenen Gutes und dessen Auftragung an den Bischof, um es als Lehn zurückzuerhalten, zur Pflicht gemacht wurde; vgl. Urkunden von 1268. 1270. 1274 (Cod. dipl. Mor. IV Nr. 11. 38. 83).

Ritters Art zu dienen, so oft dazu das Aufgebot des Lehnsherrn an sie ergehen wird¹⁾. Wurden in militärischer Hinsicht beide Arten von Lehengütern gleich behandelt, so erstreckte sich dagegen das mitverliehene magdeburger Vasallenrecht allein auf die bischöflichen Güter. Denn, gleichwie in dem Lehnbrief von 1251, steht in den späteren Verschreibungen, welche beide Arten von Lehen betreffen, die Bewilligung jenes Rechts mit der Verleihung der aus dem bischöflichen Besitz herrührenden Lehen im Zusammenhange²⁾.

Was ist nun unter diesem magdeburgischen Vasallenrecht zu verstehen? Bei dem Mangel eines vom sächsischen verschiedenen Lehnrechts, welches den Vasallen des Erzbischofs von Magdeburg eigenthümlich gewesen wäre, könnte man

¹⁾ S. die Urkunde von 1264 (Cod. dipl. Mor. III Nr. 363): „De predictis bonis omnibus tam emptis quam episcopalibus in necessitatibus, in quibus adesse tenemur domino nostro regi Boemorum illustri, ad honoris sui et terre defensionem, et in propriis necessitatibus nostris, successorum nostrorum et ecclesie nostre seruicia facies militaria in armis videlicet et dextrario, quandocumque per nos aut successores nostros fueris requisitus, et heredes tui in bonis praedictis succedentes tibi ad eadem et similia seruicia tenebuntur“. Vgl. dazu ferner die Urkunde von 1272 (das. IV Nr. 64). — ²⁾ S. die Urkunde von 1272 (Cod. dipl. Mor. IV Nr. 38): „Bruno — Gotfrido Heinrico et Bertoldo fratribus de Emse et heredibus eorum in perpetuum. — Nos vobis damus et conferimus — in feodum, capituli nostri accedente consensu, totam villam Thuztemoz, in qua sunt quindecim mansi — ita ut omnes prefatos mansos simul et molendinum cum censu, decimis, iudicio, steuris — per vos ac heredes vestros filios duntaxat et non filias, titulo feodi teneatis et possideatis, ac ratione ipsius feodi ius vasallorum Magdeburgensis ecclesie habeatis in omnibus indistinctum, quod omnibus concedimus infeodatis a nobis, quoque heredes vestri, filii tantum — gaudeant ipso iure. Dabitis eciam annis singulis in recognitionem bonorum Canonicis nostris Olo-mucensibus de quoque manso nisi de illis, quos sub vestra colitis aratura, mensuram tritici —. Ceterum statutum est per nos de consilio capituli nostri, ut quilibet vasallorum infeodatorum a nobis alia de propria pecunia bona debeat comparare, que, estimacione facta, bonorum sibi collatorum ab ecclesia, terciam partem valere debeant eorundem, illaque bona comparata siue empta recipere debent a nobis et ecclesia nostra, et tenere similiter iure ac tytulo feodi, quemadmodum bona episcopalialia, sed ad distinctionem bonorum emptorum et episcopalium non dabunt mensuram tritici de bonis emptis — illaque non solum ad filios verum eciam ad filias transferentur“.

meinen, das von Bruno seinen olmützer Mannen bewilligte magdeburger Recht sei überhaupt kein Lehnrecht, sondern gleichbedeutend mit dem magdeburger Dienstrechte.

Die Lehnseichung bischöflicher Güter bei gleichzeitiger Bewilligung des magdeburger Dienstrechts würde sich darum immer noch unterscheiden haben von der Verleihung solcher Güter als Dienstlehen nach Massgabe desselben magdeburger Dienstrechts. Während im letzteren Falle die Beliehenen dem Bischof und seiner Kirche sich als Ministerialen persönlich verpflichten mussten, würde das der Lehnseichung bischöflicher Güter hinzutretende magdeburger Dienstrecht nur allein bestimmt gewesen sein, die Norm abzugeben für die rechtliche Behandlung und Beurtheilung der verliehenen Güter, während die Person ihrer Besitzer davon völlig unberührt bliebe. Für diese Annahme scheint der Umstand zu sprechen, dass der Bischof Bruno es für nöthig fand, in seinen Lehnbriefen die Vererbung der zu Lehn gegebenen bischöflichen Güter auf die Söhne der Lehnsempfänger zu beschränken und wegen des mitgetheilten magdeburger Vasallenrechts ausdrücklich zu bestimmen, es sollten allein die Söhne seiner theilhaftig werden. Nach dem sächsischen Lehnrecht¹⁾ geht bekanntlich die Vererbung der Lehen ohnehin nicht anders vor sich, denn vom Vater auf den Sohn. Eine Beschränkung der Lehnserbfolge auf den Mannsstamm müsste daher, sollte man meinen, überflüssig sein, hätte Bruno sich unter dem magdeburger Vasallenrecht kein vom sächsischen Lehnrecht verschiedenes Recht vorgestellt. Anders, wenn er dabei das magdeburger Dienstrecht im Auge hatte. Dieses macht ja bezüglich der Succession in die Hof- oder Dienstlehen keinen Unterschied zwischen Söhnen und Töchtern, noch zwischen männlichen und weiblichen Erben überhaupt²⁾. Ihm gegenüber bedurfte es dann allerdings einer besonderen Festsetzung, wenn von seinen Vorschriften im Punkte der Vererbung abgewichen werden sollte.

Trotz dieser Bedenken wird man sich für die Ansicht zu entscheiden haben, dass der Bischof Bruno mit dem magde-

¹⁾ Sächs. Lehnrecht Art. 21 § 3: „It ne erft nieman nen len wen die vader uppe den sone“. — ²⁾ Magdeb. Dienstrecht (Kraut, Grundriss des deutschen Privatr. (6. Aufl.) § 9 Nr. 6): „Dat hovelen schal erven uppe sone, dochtern, brodern, sustern“ u. s. w.

burger Vasallenrecht seinen Lehnsmannen ein Lehnrecht und zwar das sächsische Lehnrecht hat bewilligen und ertheilen wollen.

Schon die Thatsache fällt hier ins Gewicht, dass die Ertheilung des magdeburger Vasallenrechts mehrere Jahre früher erfolgte, ehe und bevor die erste Verleihung von Gütern zu magdeburger Dienstrecht innerhalb des olmützer Bisthums stattfand¹⁾. Doch auch nachdem solches geschehen war, blieb der Inhalt des Lehnbriefes von 1251 für alle späteren Verleihungen bischöflicher Güter massgebend²⁾, ohne dass das inzwischen eingeführte Institut der Ministerialität darauf einen Einfluss gewonnen hätte. Es ist ferner bereits bemerkt worden, dass das magdeburger Vasallenrecht sich allein auf die verliehenen bischöflichen Güter bezog. Bei angenommener Identität desselben mit dem magdeburger Dienstrecht wäre kein Grund abzusehen, warum es nicht ebenso auf die feuda oblata angewandt wurde. Da dem magdeburger Dienstrecht zufolge die Hoflehen auf die Töchter so gut wie auf die Söhne vererbten, stand dessen Anwendung auf die von den bischöflichen Lehnsmannen angekauften oder sonstwie erworbenen und aufgetragenen Lehngüter ein rechtliches Hinderniss nicht entgegen. Wurden ja diese ebenfalls auf Weiber vererbt.

Anders, wenn man für die Lehnserbfolge die Grundsätze des sächsischen Lehnrechts adoptirte. Dann war dessen Beschränkung auf die bischöflichen Güter allerdings gerechtfertigt, zumal nachdem der Erwerb eigener Güter zum Zweck der Auftragung und des Rückempfanges als Lehn den Vasallen zur Bedingung gemacht und vorgeschrieben war³⁾.

Dass es aber wirklich das sächsische Lehnrecht war, welches den olmützer Vasallen bewilligt wurde, um namentlich die Erbfolge in die ihnen verliehenen bischöflichen Güter zu regeln, geht aus einer Thatsache hervor, die uns, abgesehen von Urkunden späterer Zeit, schon in einer Urkunde vom Jahre 1288 entgegentritt, mithin in eine Zeit fällt, zwischen der und dem Tode des Bischofs Bruno, welcher 1280 starb, nur wenige Jahre lagen. Durch einen damals ausgestellten Lehnrevers erkennen die Brüder Dietrich, Heinrich und

¹⁾ S. oben S. 59. — ²⁾ S. oben S. 60. — ³⁾ S. oben S. 61.

Erkenbert Stange an, die darin näher bezeichneten Güter vom Bischof Theoderich von Neuhaus, dem unmittelbaren Nachfolger Brunos auf dem bischöflichen Stuhl von Olmütz, zur gesammten Hand (*coniuncta manu*) als Lehn empfangen zu haben¹⁾. Für die uns hier bezeugte Belehnung zur gesammten Hand lag eine Veranlassung allein dann vor, wenn die olmützer Vasallen die ihnen gegebenen Lehen gemäss den Vorschriften des sächsischen Lehnrechts nur in gerader Linie vom Vater auf den Sohn zu vererben im Stande waren, während die Brüder und andern Seitenverwandten der ersten Lehnserwerber von der Succession ausgeschlossen blieben. Sie wäre dagegen nicht nöthig gewesen, hätte sich die Vererbung nach Art der Nachfolge in die Hoflehen des magdeburger Dienstrechts vollzogen. Denn dieses berief in Ermangelung von Descendenten des verstorbenen Dienstmannes dessen Brüder und Schwestern zur Erbfolge in die von ihm nachgelassenen Hoflehen²⁾.

War das magdeburger Vasallenrecht an sich nichts anderes denn das sächsische Lehnrecht, so entsteht doch jetzt die weitere Frage, ob dasselbe nicht im olmützer Bisthum eine besondere Form und Gestalt annahm. Es wäre immer noch möglich, dass bei der Anwendung, welche es dort fand, seine ursprüngliche Natur und Bedeutung nicht unerheblich modificirt und ihm eine Beschaffenheit mitgetheilt wurde, welche von dem Wesen des echten Lehnrechts abwich.

Die olmützer Vasallen besaßen ihre Güter nicht durchaus als freie Lehen. Von der militärischen Verpflichtung zum Reiterdienst abgesehen, welche die Lehnspflicht gebot, waren die von ihnen erworbenen und aufgetragenen Lehngüter völlig unbelastet. Eine andere Bewandniss aber hatte es ausweislich der Lehnbriefe, deren Inhalt wir kennen gelernt haben³⁾, mit

¹⁾ S. Cod. dipl. Mor. IV Nr. 266: „Theodericus, Heynricus et Erkembertus dicti Stange — Theoderico ecclesie Olomucensis episcopo et ecclesie sue — iureiurando firmatum prestitimus homagium et fidem seruare promissimus efficaciter et constanter, bona eciam Vridberg, Swensir, Concendorf et Heynrichsdorf ab eo et ecclesia sua iure feudi *coniuncta manu* suscepimus“. Vgl. hierzu von jüngeren Urkunden, welche freilich erst dem Ende des 14. Jahrhunderts angehören, diejenigen des Bischofs Nikolaus von Olmütz aus den Jahren 1389. 1390. 1395 (Cod. dipl. Mor. XI Nr. 584. 618. XII Nr. 234). — ²⁾ S. oben S. 63 Note 2. — ³⁾ S. oben S. 60. 61 Note 1.

den ihnen aus dem bischöflichen Besitz zu Lehn gereichten Gütern. Ihre Verleihung geschah mit Auferlegung eines Zinses, welcher der Thatsache Anerkennung verschaffte, dass das übertragene Besitzrecht ein bloss abgeleitetes war neben dem fortbestehenden Obereigenthum des Lehnsherrn. Freilich war dieser Zins allein von den Hufen zu entrichten, welche der Vasall weiter an Bauern gegen Abgaben und Dienste ausgethan hatte, nicht auch von dem Lande, welches er selbst beackerte und bewirthschaftete. Auch so aber stand seine Auferlegung in Widerspruch mit dem Wesen des echten und wahren Lehns im Sinne des deutschen, insonderheit des sächsischen Lehnrechts¹⁾. Dahingegen vertrug sie sich sehr wohl mit der Verleihung der Hoflehen nach Dienstrecht. Denn diese zunächst hofrechtliche Besitzform vereinigte in sich die Eigenschaften des Zinsgutes wie des echten Lehns²⁾. Daher musste denn die Anwendung des magdeburger Vasallenrechts auf Lehen, welche nicht gänzlich frei, sondern mit Recognitionzins belastet waren, den Unterschied zwischen ihnen und den zu magdeburger Dienstrecht verliehenen Gütern verwischen.

Damit aber bekam das magdeburger Vasallenrecht selbst einen eigenthümlichen Charakter. Es trat, so zu sagen, in die Mitte zwischen das sächsische Lehnrecht und das magdeburger Dienstrecht. Während es mit dem sächsischen Lehnrecht nicht mehr ganz harmonirte, näherte es sich andererseits dem magdeburger Dienstrecht.

Doch nicht bloss die Verbindung mit der Zinspflicht war es, welche das magdeburger Vasallenrecht von dem sächsischen Lehnrecht entfernte und es dagegen dem Dienstrechte der magdeburger Ministerialen nahe brachte. Wie die Verleihung von Gütern zu Dienstrecht, von der uns die Urkunde vom Jahre 1255 berichtet, geschah die Lehnsreichung der bischöf-

¹⁾ Sächs. Lehnrecht Art. 13 § 3: „Svar man jarlikes jenegen tins ave gift, dar ne mach die man an deme gude nen len behalden“. Richtsteig 23 § 3. Schwabensp. (Lassberg) Art. 28. — ²⁾ Brunner in v. Holtzendorffs Encyklopädie I (systematischer Theil, 5. Aufl.) S. 246. Vgl. dazu v. Fürth, Die Ministerialen S. 262. 263. In einer der dort angeführten Urkunden lesen wir: „Quisquis ministerialium mansum tenuerit integrum, pro dimidio Dno Preposito serviat, pro parte reliqua in festo St. Martini predictis Canonicis annuatim duas uncias persoluat“.

lichen Güter mit gleichzeitiger Ertheilung des magdeburger Vasallenrechts ohne förmliche Investitur. Die vom Bischof Bruno gegebenen Lehen waren sämmtlich Lehen ohne Mannschaft. In den von ihm herrührenden Lehnbriefen deutet nichts auf eine Darreichung von Investitursymbolen an die Lehnsempfänger, noch auf eine von diesen zu leistende Hulde mit Mannschaft und eidlichem Treugelöbniß. Die Worte „*damus et conferimus*“, mit welchen die Erklärung des Herrn ausgedrückt wird, dass er das Gut dem Beliehenen zu Lehn (in *feudum*) gebe, haben keine speciell lehnrechtliche Bedeutung, zum wenigsten nicht im Sinne des deutschen und sächsischen Rechts¹⁾. Sie weisen eher auf eine Leihe nach Hof- oder Dienstrecht hin. Das in Verbindung damit gebrauchte Wort *feudum* aber kann auch Dienstlehn bezeichnen²⁾.

Ebensowenig ist die Errichtung eines wirklichen Lehnverhältnisses daraus abzunehmen, dass der Bischof die Hingabe der Güter zu Lehn an die Empfänger in Verbindung bringt mit treuen Diensten, welche diese ihm schon früher geleistet hätten und künftig noch leisten möchten³⁾. Denn, obwohl hiernach die Hingabe des Lehns als ein Lohn für bewährte und noch zu erweisende Treue erscheint, erhellt doch nirgends, dass die also belohnten Besitzer dem leihenden Herrn vor der Verleihung und unabhängig davon durch eine besondere Handlung zur Treue persönlich sich verpflichtet hätten. Man ist daher zu der Annahme berechtigt, dass die Belehnung sich lediglich durch die Ausfertigung und Zustellung des die Lehnseichnung aussprechenden Lehnbriefes an den Beliehenen vollzog, worauf die Einräumung des Besitzes des Lehnsgegenstandes nachfolgte, sofern der Lehnsmann diesen nicht schon vorher erlangt hatte⁴⁾.

¹⁾ Vgl. Richtsteig, Lehn. 22 § 5, Sächs. Landr. III, 60 § 1, Homeyer, Sächs. Lehn. S. 324—326. — ²⁾ Vgl. die Urkunde des Bischofs Bruno vom Jahre 1275 (Regest. dipl. Boh. et Mor. II Nr. 957), worin von der Verleihung des bischöflichen Dorfes Gotfriedsdorf an den Truchsess Herbord von Fullstein gesagt wird, sie sei „*iure et titulo feudali*“ geschehen, obwohl sie doch seiner Zeit (1255) zu magdeburger Ministerialenrecht ertheilt war. S. im Uebrigen v. Fürth, Ministerialen S. 350. — ³⁾ Vgl. z. B. die Urkunden von 1251 u. 1266 (Cod. dipl. Mor. III Nr. 166. 385). — ⁴⁾ Wäre nach Meinung und Absicht von Bischof und Kapitel, um ein Lehnverhältniss zu errichten, eine förmliche Investitur mittelst

Erst in Urkunden aus der Zeit Theoderichs von Neuhaus¹⁾ begegnet uns eine Investitur der mit bischöflichen Gütern belehnten Grundbesitzer. Diese betrifft aber nicht die Errichtung neuer Lehen; es handelt sich dabei vielmehr um Güter, welche mit lehnherrlicher Genehmigung von einem Besitzer an den andern veräussert und nach Auflassung in die Hände des Lehnsherrn dem neuen Erwerber von diesem wiederum zu Lehn verreicht werden²⁾. Mehr Beachtung verdient, was uns eine andere Urkunde aus derselben Zeit über eine stattgehabte Belehnung mehrerer Brüder zur gesammten Hand berichtet. Ich meine den oben³⁾ erwähnten Lehnrevers der Brüder Stange vom Jahre 1288. War der Empfang des Lehns zur gesammten Hand schon an und für sich nicht leicht möglich ohne förmliche Investitur, so erfahren wir überdies, dass die zusammen belehnten Brüder dem Bischof Theoderich Mannschaft (*homagium*) leisteten und eidlich Treue gelobten.

Doch waren es vermuthlich besondere Gründe, welche den Lehnsherrn im fraglichen Falle veranlassten, auf stricte Befolgung der Förmlichkeiten des Lehnrechts zu halten. Wir dürfen das aus dem übrigen Inhalt jenes Lehnreverses schliessen. Der Bischof begnügt sich danach nicht mit der Huldigung und dem eidlichen Treugelöbniss der Brüder Stange. Sie müssen ausserdem noch anerkennen, die Gesamtbelehnung sei ihnen mit der vertragsmässigen Abrede ertheilt, dass, wenn sie alle

Uebergabe von Symbolen an die Lehnsleute nach Leistung von Mannschaft und Treueid erforderlich gewesen, so bliebe es vollkommen unerfindlich, warum ihrer nicht wenigstens dann in den Urkunden gedacht wurde, wenn der Beliehene sich schon vor der Belehnung im Besitze des Gutes auf Grund irgendwelchen sonstigen Rechtstitels befand. Es trifft das zu im Falle des Lehnbriefes Brunos vom Jahre 1251. S. oben S. 59.

¹⁾ S. oben S. 65. — ²⁾ S. die Urkunde vom Jahre 1294 (Cod. dipl. Mor. V Nr. 3) bei den Worten: „Postmodum vero prefatus Hermannus — in nostra praesentia constitutus petivit, ut quia eosdem VI laneos in Biterne Girhardo de Medelec de favore nostro vendiderat, venditionis sue benignum faueremus assensum, et eundem Gerhardum de eodem feudum VI laneorum in Biterne investire favorabiliter dignaremur. Nos eius precibus annuentes sepedictum Gerhardum de feudo investimus graciosae imponentes ei obsequium faciendum pro ipso, ut in uno equo cum balista et lancea nobis debeat strenue deservire“. Vgl. ferner Urkunde vom Jahre 1298 (das. V Nr. 34). — ³⁾ S. oben S. 65.

oder wenn auch nur einer von ihnen sich gegen den Bischof oder dessen Kirche vergehen und irgendwie der ihm gelobten Treue zuwiderhandeln würden, sie damit ohne weiteres ihres Lehnrechts verlustig gehen sollten¹⁾).

Bedeutet das Verfahren bei jener Gesamtbelehnung ein aussergewöhnliches Misstrauen des Lehnsherrn, so ist man nicht berechtigt, daraus auf eine Veränderung des Lehnswesens überhaupt zu schliessen, welche etwa im olmützer Bisthum nach dem Tode Brunos eingetreten wäre. Auch nachher noch während der letzten Zeit des 13. und in den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts behielt es dort im Allgemeinen und der Regel nach sein Bewenden bei der Verreichung der Lehen mittelst Ausstellung und Mittheilung des Lehnbriefes ohne Uebergabe eines Investitursymbols, und ohne dass von den Belehnten Mannschaft und Treuschwur gefordert wurde²⁾.

¹⁾ Die betreffenden Worte in dem Lehnrevers (Cod. dipl. Mor. IV Nr. 266) lauten: „coniuncta manu suscepimus eo pacto, quod si omnes aut aliquis ex nobis contra eum vel ecclesiam suam excesserit, et fidem sibi promissam presumpserit aliquantulum violare, a iure feudali bonorum ipso facto debeamus cadere predictorum“. — ²⁾ Man vgl. z. B. die Urkunden des Bischofs Theoderich von 1295. 1300. 1302 (Cod. dipl. Mor. V Nr. 25. 116. 134). So heisst es in der zuletzt angeführten Urkunde von 1302 mit Bezug auf die Belehnung des Ritters Andreas von Czinthochlowitz mit dem bischöflichen Dorfe Czessiz: „sibi et heredibus suis masculis legitime descendentibus ab eodem damus et concedimus in feodum et iure feodi perpetuo possidenda. — Idem Andreas miles noster in signum recognitionis accepti a nobis feodi dilectis fratribus nostris de capitulo nostro Olum. eccl. de quolibet laneo ville predictae unam mensuram tritici — quolibet anno persoluet, prout alii ecclesie nostre feudales soluere consueverunt“. In einer andern Urkunde desselben Bischofs, worin einem gewissen Pharkass ein Wald mit der Massgabe zu Lehn gegeben wird, dass er darin Kolonisten ansetzen und eine Stadt gründen soll, geschieht die Belehnung mit den Worten: „damus ad locandum et conferimus in feodum Pharcassoni et heredibus eius filiis duntaxat — salvo iuris fidelitatis — verum ut idem Pharcas et heredes eius per exhibitionem certi obsequii se homines esse nostre ecclesie recognoscant, hoc onus eis imponimus, ut idem Pharcas in vita sua et heredes eius cum silua illa redacta fuerit in bona censuaria, cum uno tantum dextrario nobis et successoribus nostris de praedictis bonis debeant deservire“. Hiernach ist es also der Lehnsdienst, durch den der Pharkass und seine Erben sich als Mannen der bischöflichen Kirche zu bekennen und kund zu thun haben. Dahingegen wird die Wahrung der Lehns-treue zwar als eine der Bedingungen der Einräumung des Lehnrechts

Der Belehnung ohne Mannschaft entspricht in den Lehnbriefen des Bischofs Bruno und seiner nächsten Nachfolger die Erweiterung der Lehnfähigkeit auf Seiten der beliebigen Grundbesitzer. Nicht allein Ritter und Knappen empfangen bischöfliche Güter zu Lehen mit Bewilligung des magdeburger Vasallenrechts, auch Bürger aus den Städten, die keinen ritterlichen Geschlechtern angehören, und andere nicht ritterbürtige Leute. Die Belehnung an sie erfolgt unter denselben Bedingungen und mit den gleichen Gerechtsamen, wie wir sie in den Urkunden über die Verleihungen an Vasallen von Ritters Art antreffen ¹⁾).

hingestellt. Von Huldigung und Lehnseid aber ist weder mit Bezug auf die Neuverleihung an den Pharkass selbst, noch mit Rücksicht auf seine Erben und eine von diesen bei eintretendem Mannfall nachzusuchende Lehnserneuerung die Rede. — Dass im weiteren Verlaufe des Mittelalters die Vorschriften des deutschen, insonderheit sächsischen Lehnrechts im olmützer Bisthum mehr und mehr Eingang und Anwendung fanden und daher auch für den Modus der Belehnung massgebend wurden, soll hier nicht geleugnet werden. (Vgl. Urkunde des Bischofs Nikolaus von 1391 (Cod. dipl. Mor. XII Nr. 6) bei den Worten: „donamus et conferimus — in feudum a nobis et ecclesia nostra Olomucensi tenendum. — Feudi homagium huiusmodi recepimus quoque a dicto Iescone fidem et obedientiam solitas nobis desuper prestari prout in talibus fieri est consuetum, nostris et ecclesie nostre Olomucensis debitis serviciis et iuribus semper saluis.“) Diese spätere Entwicklung fällt jedoch schon in eine Zeit, wo die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden und dem Bisthum Olmütz bereits wieder aufgehört hatten. Sie kommt daher hier nicht weiter in Betracht.

¹⁾ S. Urkunde vom Jahre 1273 (Cod. dipl. Mor. IV Nr. 71): „Bruno — dilecto sibi Meingotto civi Olomucensi — concedimus et conferimus — tibi et heredibus tuis iure feudali villam de Kracowicz — et allodium de Mossau — cum censu, decimis, iudicio — per te ac heredes tuos legitimos masculos tantum perpetuo possidenda capituli nostri ad hoc requisito consensu pariter et obtento, cui dabis in recognitionem dictorum bonorum mensuram tritici de manso quolibet annis singulis, quemadmodum vasalli nostri et ecclesie nostre infeodati de bonis episcopalibus dare tenentur“. S. ferner die in der Zeit des Bischofs Konrad I. zwischen 1318 bis 1326 angelegte Lehnstabelle (Cod. dipl. Mor. VII Abth. III Nr. 237). Es erhellt daraus, dass es im olmützer Bisthum ausser ritterlichen und adligen Lehnbesitzern, welche als vasalli aufgeführt werden, eine grosse Anzahl kleinerer nicht ritterbürtiger Lehnbesitzer gab, welche zum Unterschied von den Rittern und Adligen schlechthin feudales hiessen.

Noch bei seinen Lebzeiten hatte Bischof Bruno die von ihm seinen Vasallen und Ministerialen ertheilten Güterverleihungen durch den König von Böhmen als durch den obersten Herrn des Landes bestätigen lassen¹⁾. Nach Brunos Tode suchten die von ihm beliehenen Mannen (*homines*) und Dienstmannen (*servitores*) gemeinschaftlich bei seinem Nachfolger Theoderich von Neuhaus um die Bestätigung ihrer Rechte nach²⁾. Er ertheilte diese durch ein Privileg vom Jahre 1281, in welchem er unter Anderem sagte: „*Per presens scriptum constare volumus universis, quod nos dilectos fideles nostros, universos et singulos homines et servitores ecclesie Olomucensis — petitionibus ipsorum benignius inclinati, in bonis, a praedecessore nostro domino Brunone episcopo, et capitulo Olomucensi ipsis et heredibus eorum masculini sexus tantum collatis secundum ius et consuetudinem ecclesie Magdeburgensis nos promittimus et volumus conservare*“³⁾. Die letzten Worte sind bemerkenswerth. Es ist nicht mehr, wie in den Lehnbriefen Brunos, das magdeburger Vasallenrecht, auf welches als massgebend Bezug genommen wird. Der Bischof Theoderich spricht nur noch schlechthin von Recht und Gewohnheit der magdeburger Kirche. Das ist eine so allgemein gehaltene Bezeichnung, dass sie so gut das magdeburger Vasallen-, wie das magdeburger Dienstrecht umfasst. Beide Rechte erscheinen danach lediglich als zwei Arten derselben Gattung, die sich von einander hauptsächlich nur darin noch unterscheiden, dass das eine bloss Männer, das andere auch Weiber zur Erbfolge berief. Um deshalb mochte der Bischof denn auch, wenn er auf das Recht der magdeburger Kirche verwies, es für nöthig halten, die ausdrückliche Bemerkung hinzuzufügen, die von ihm gegebene Zusicherung, die beliehenen Grundbesitzer in ihren Rechten erhalten zu wollen, beziehe sich insonderheit auf die ihnen von seinem Vorgänger Bruno mit Beschränkung auf den Mannsstamm verliehenen Güter.

¹⁾ S. die Urkunde des Königs Ottokar III. vom Jahre 1274 (Regest. dipl. Boh. et Mor. II Nr. 850). — ²⁾ Dieses von der Gesamtheit der Lehnbesitzer gestellte Ersuchen vertrat hier anscheinend die Stelle der sonst nach Lehnrecht von jedem einzelnen Vasallen beim Wechsel in der herrschenden Hand einzuholenden Lehnserneuerung. — ³⁾ Cod. dipl. Mor. IV Nr. 185.

Seitdem verschwindet aus der Amtssprache des Bisthums Olmütz die Unterscheidung zwischen magdeburger Vasallen- und magdeburger Dienstrecht. In den Urkunden der Zeit nach 1281 wird bei Verweisung auf das magdeburger Recht sogar nicht einmal mehr seines Zusammenhanges gedacht mit der magdeburger Kirche. Es ist seitdem nur noch vom magdeburger Recht die Rede¹⁾).

Der allgemeineren Bezeichnung entsprach die Erweiterung des magdeburger Rechts zu einem umfassenderen Begriff. Es wird darunter nach dem Tode Brunos von Schaumburg während der Regierung der Bischöfe Theoderich und Johann das Recht verstanden, nach dem sowohl die früheren Dienstmannen²⁾ wie die Vasallen in dem beiden gemeinschaftlichen Lehns- und Hofgericht zu Kremsir beurtheilt wurden³⁾. Nicht allein in Lehnssachen, mochten sie nun Güter betreffen, welche zu Dienstrecht oder zu Vasallenrecht verliehen waren, gilt für die einen wie die andern fortan dasselbe magdeburger Recht, auch in sonstigen Rechtsstreitigkeiten um mein und dein, z. B. bei Erhebung von Schadensansprüchen, bildet es die für Verfahren und Urtheil massgebende Norm⁴⁾. Ja selbst in Strafsachen

¹⁾ S. die Urkunde des Bischofs Johann vom Jahre 1307 (Cod. dipl. Mor. VI Nr. 9), wodurch dieser einen Schiedsspruch bestätigt, welcher in einer Streitsache zwischen ihm und seinen Rittersn und Vasallen ergangen war. Wir lesen da: „Item de hoc, quod illi, qui coram ipso d. nostro episcopo Olum. pro feodis suis querimoniam moverunt et non comparuerunt in termino preceptorio sibi dato milites et vasalli ecclesie requirantur, et si iam dicti milites et vasalli ecclesie iure magdeburgensi eos invenient ius suum perdidisse, totaliter ab accione sua super ipsis feodis debent in perpetuum cessare. Si vero per ipsos milites seu vasallos dicto iure magdeb. ostendetur, quod dicti — non perdidierunt ius ipsorum, tunc primo debet per eos super iam dictis feodis querimoniam inclinari“. — ²⁾ S. die Urkunde des Bischofs Theoderich vom Jahre 1281 (oben S. 71) bei den Worten: „homines et servitores“. Vgl. damit die ebenfalls schon (s. die vorige Note) angeführte Urkunde des Bischofs Johann vom Jahre 1307. Unter den Rittersn (milites) zum Unterschiede von den Vasallen sind hier allem Vermuthen nach entsprechend den servitores Grundbesitzer zu verstehen, welche, wie Herbord von Fullstein und seine Söhne, ihre Güter zu Dienstrecht, nicht zu Vasallenrecht verliehen bekommen hatten. Sie werden anderweitig auch infodatarii genannt und unter dieser Bezeichnung den Vasallen gegenübergestellt (S. unten S. 73 Note 1). — ³⁾ S. die Urkunden im Cod. dipl. Mor. X Nr. 86. XI Nr. 48. — ⁴⁾ Vgl. die oben Note 1 citirte

hatten die olmützer Ritter und Vasallen vor demselben Gerichtshofe Recht zu nehmen und unterlagen der Aburtheilung nach Massgabe des beiden gemeinsamen Rechts¹⁾. Der Process der Vermischung und Verschmelzung des Dienst- und Lehnrechts zu dem einen Begriff des magdeburger Rechts schliesst damit in der Geschichte des olmützer Bisthums ab. Wir sind damit zugleich an die Schwelle der Zeit gelangt, wo dieses Recht im Ordensstaate Preussen Eingang und Anwendung fand.

Der erste Hochmeister des Deutschen Ordens, welcher in Preussen Güter zu magdeburgischem Recht verlieh, war, soviel man heute weiss, Dietrich von Altenburg. Die ältesten bis jetzt aufgefundenen Verschreibungen rühren von ihm her. Seine Regierungszeit fällt in die Jahre 1335—1341. Wenn der Orden das magdeburger Recht, obwohl es ihm längst bekannt sein mochte, nicht früher in seinem Lande einführte,

Urkunde vom Jahre 1307. Dort wird an einer andern Stelle mit Bezug auf eine Klage, welche Georg Anothowicz und Bouslav von Crazna in ihrem und ihrer Brüder Namen wegen Schadensansprüchen (*super dampnis ipsorum*) gegen Bludo von Trenania und Heymann Grafen von Prsybor angestrengt hatten, bestimmt: „ut (causam) — de novo resumat et in curia ipsius domini nostri Episcopi Olomucensis iure Magdeburgensi prosequatur eandem“.

¹⁾ Vgl. die oben S. 72 Note 1 angeführte Urkunde des Bischofs Johann vom Jahre 1307 bei den Worten: „Item ipse dominus noster Iohannes episcopus Olomucensis nullum penitus vasallum seu in feodatarium suum a modo detinere debet, nisi precedat iudicium et iusticia de aliquo eorumdem. Nullum etiam vasallorum et in feodatariorum Olomucensium literas securitatis et conductus ab ipso domino nostro Episcopo Olomucensi expetat et requirat, sed libere quidem ad ipsum excepto solo casu homicidii, quando vult, veniat omni hora. Si quis autem pertinaciter venire non curaret ad ipsum dominum nostrum nunc ipse dominus noster per suos milites proinde faciat iudicari“. Der Einfluss des magdeburger Dienstrechts ist hier unverkennbar. Wie er sich darin zeigt, dass nur allein Ritter im Lehns- und Hofgericht zu Kremsir als Urtheilsfinder fungiren sollen, so erinnert an seine Vorschriften auch die Bestimmung, dass der Bischof, allein den Fall eines begangenen Todtschlags ausgenommen, keinen Vasallen oder Ritter ungehört und ohne Urtheil soll gefangen halten dürfen. Vgl. magdeburger Dienstrecht bei den Worten: „Dit is dat erste recht, dat de denstlude von magdeborch gewonnen hebben: dat neman up se ordel vinden ne mach, he ne sy to deme herschilde geboren“ und weiter: „De bisschop ne mach nenen denstman vervesten, he ne hebbe erst verloren mit rechte hoverecht“.

werden wir das seiner politischen Klugheit und Berechnung zuschreiben dürfen. Ehe und bevor er Preussen vollständig unterworfen und seine Herrschaft fest gegründet hatte, gebot es dem Orden das eigene Interesse, den deutschen Kolonisten, die er ins Land rief, unter Umständen auch den eingeborenen Preussen ein für sie möglichst vortheilhaftes Besitzrecht an Grund und Boden zu gewähren. Ein solches war das den Vorschriften der Kulmer Handfeste von 1233 nachgebildete kulmische Recht. Es eröffnete den Beliehenen die Möglichkeit der Vererbung der empfangenen Güter an ihre Erben beiderlei Geschlechts und sicherte zugleich durch die eheliche Halbtheilung des beiderseitigen Vermögens der Ehegatten beim Tode des einen von ihnen dem überlebenden Theil eine ausreichende Versorgung.

Anders gestaltete sich die politische Lage im 14. Jahrhundert, als der Frieden im Innern nach Bezwingung der Preussen völlig hergestellt war, und die Erwerbung von Pommerellen die Macht des Ordens nicht nur räumlich erweiterte, sondern auch intensiv stärkte und steigerte.

Jetzt brauchten die Hochmeister nicht mehr so sehr darauf bedacht zu sein, dass sie zur Grundlage ihrer Güterverleihungen ein Recht wählten, bei welchem der Schwerpunkt in die günstigen Bedingungen fiel, die sich daran für die Gutsempfänger knüpften. Sie konnten mit dem magdeburger und durch dieses ein anderes deutsches Recht einführen und zur Anwendung bringen, welches für die beliehenen Besitzer weniger günstig war als das kulmische, dahingegen dem Orden als dem verleihenden Herrn grössere Vortheile darbot durch die Aussicht auf den Heimfall der verliehenen Güter und die Möglichkeit ihrer öfteren Verleihung an mehrere Erwerber nach einander. Die letztere war ja nicht nothwendig eine unentgeltliche. Man konnte sie von der Zahlung eines Kaufpreises durch die Person derer, welche man beleihen wollte, abhängig machen.

So wenig wie die Ertheilung des kulmischen Rechts blieb die des magdeburger auf die Deutschen beschränkt. Es participirten daran ebenso die Slaven in Pommerellen¹⁾

¹⁾ Vgl. z. B. die Urkunden des H. M. Dusmer von Arfberg aus den Jahren 1346. 1347 und Winrichs von Kniprode vom Jahre 1354 in

und die Stammpreußen des Samlands und anderer Landschaften¹⁾).

Immerhin war der Gebrauch, den die Hochmeister von dem magdeburgischen Recht bei Güterverleihungen machten, während des 14. Jahrhunderts und selbst noch zu Anfang des 15. ein nur mässiger. Erst als nach der Schlacht von Tannenberg (1410) die Macht des Ordens schon gebrochen war, wird seine Verleihung eine häufigere und seine Verbreitung im Lande eine grössere. Sie nimmt in demselben Masse zu, als die Bewilligung des kulmischen Rechts, welches bis dahin immer noch überwogen hatte, nachliess und seltener wurde²⁾. Keine Aufnahme fand dasselbe während des Mittelalters in den preussischen Bisthümern. Erst nach der Mitte des 15. oder seit dem Anfange des 16. Jahrhunderts wurde es in Pomesanien und Ermland von den Bischöfen und Domkapiteln als Norm für Güterverleihungen benutzt, wohingegen es im kulmer Bisthum niemals Geltung erlangte.

So viel über die Reception des magdeburger Rechts in Preussen überhaupt.

In welcher Weise aber ging diese vor sich? Was war die Beschaffenheit und Bedeutung des magdeburger Rechts in der ersten Zeit, nachdem der Deutsche Orden angefangen hatte, von ihm bei Güterverleihungen Gebrauch zu machen? Das ist jetzt zunächst zu untersuchen und festzustellen. Des Weiteren

Cramers Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow II S. 176. 177. Neben einem Rüdiger und einem Nickel von der Gans treten darin als Empfänger von Gütern zu magdeburger Recht auf die Brüder Wirkoslav und Joske von Janowitz.

¹⁾ Schon Dietrich von Altenburg verlieh Güter zu magdeburger Recht an Stammpreußen. S. die Urkunde dieses H. M. vom Jahre 1339 (Cod. dipl. Pruss. ed. Io. Voigt III Nr. 17). Die preussische Abkunft der beliehenen Grundbesitzer ist in den mittelalterlichen Verschreibungen daran kenntlich, dass ihnen für den Fall, wenn einer von ihnen oder ihren Erben getödtet werden sollte, ein Wehrgeld von bestimmter Höhe zugebilligt wird. Das Strafrecht des Ordensstaates kannte ein Wehrgeld allein noch in der Anwendung auf Preussen, nicht mehr bei der Tödtung Deutscher oder Slaven. Uebrigens kam seine Bewilligung nicht bloss in der Verbindung mit der Verleihung des magdeburger Rechts an Preussen vor, sondern ebenso bei der zu kulmischem oder preussischem Recht an solche (Voigt, Geschichte Preussens III S. 432. IV S. 594 ff.). —

²⁾ S. Voigt a. a. O. VI S. 598.

wird dann zu ermitteln und darzulegen sein, welche Schicksale und Wandlungen dasselbe später erfahren sollte.

Die Bezeichnung des Rechts als magdeburger ohne weitere nähere Bestimmung, wie sie die Verschreibungen des Hochmeisters Dietrich von Altenburg und seiner Nachfolger¹⁾ aufweisen, entspricht der gleichen Bezeichnung, der wir in der Urkunde des Bischofs Johann von Olmütz aus dem Jahre 1307 begegnet sind²⁾. Doch nicht bloss dem Namen nach, sondern auch inhaltlich kam das vom Orden in seinem Lande eingeführte magdeburger Recht mit dem gleichnamigen Recht des olmützer Lehnshofes in wesentlichen Stücken überein. Verstand man dort seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts unter dem magdeburger ein Recht von gemischter Natur und Bedeutung, welches theils mit dem sächsischen Lehnrecht, theils mit dem magdeburger Dienstrecht übereinkam, so setzte sich auch das magdeburger Recht Preussens aus lehn- und dienstrechtlichen Elementen zusammen.

Mit den Grundsätzen des sächsischen Lehnrechts stand es in Einklang, wenn die Hochmeister in den Verschreibungen zu magdeburger Recht bestimmten, die Güter sollten beim Tode der erstbeliehenen Besitzer auf deren Kinder und weiteren Nachkommen erben³⁾. Damit waren sowohl die Ascendenten wie die Seitenverwandten, soweit sich die Verleihung nicht etwa auf sie mit erstreckte, von der Erbfolge ausgeschlossen. Daher musste denn beim gänzlichen Erlöschen der von den ersten Gutsempfängern ausgehenden Nachkommenschaft der Heimfall der Güter an den Orden als an den verleihenden

¹⁾ Vgl. die Urkunden der H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (Cod. dipl. Pruss. III Nr. 17), Dusmer von Arfberg vom Jahre 1346 (Cramer, Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow II S. 176. 177) bei den Worten: „iure Magdeburgensi“. Diesen lateinischen Worten correspondiren in den Urkunden des zuletzt genannten H. M. aus den Jahren 1346. 1349 die deutschen Worte: „zu Magdeburgischem Recht“ (Handfestenbuch von Tuchel, Marienburg u. s. w. Fol. 7 verso und Fol. 10 Königsberger Staatsarchiv). — ²⁾ S. oben S. 72. — ³⁾ S. die Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg (Cod. dipl. Pruss. III Nr. 17) bei den Worten: „si aliquis ex predictis vel ipsorum posteris“. Vgl. auch die Urkunde des H. M. Konrad von Jungingen vom Jahre 1396 (Alte Samländische Handfesten A. 215 des Königsberger Staatsarchivs) für den Stammpreussen Nusselmuren.

Herrn eintreten¹⁾. Dem sächsischen Lehnrecht entsprach es ferner, dass der Orden während der ersten Zeit nach Einführung des magdeburger Rechts die Vererbung der darnach von ihm verliehenen Güter auf die Söhne und weiteren männlichen Nachkommen der beliebigen Besitzer beschränkte²⁾. Auch später noch bildete die Vererbung im Mannsstamme die Regel. Sie verstand sich von selbst, wenn Güter zu magdeburger Recht schlechthin verschrieben waren. Daneben aber entstand seit dem Ende des 14. Jahrhunderts in Folge von Ausnahmen, welche die Hochmeister in einzelnen Fällen zu Gunsten der weiblichen Descendenz der Gutsempfänger wiederholtlich statuiert hatten, eine neue Art des magdeburger Rechts. Sie bleibt hier vorläufig ausser Betracht. Es ist zweckmässig, davon erst später zu handeln im Zusammenhange mit denjenigen Momenten, welche man bei der Form und Gestalt, welche man dem magdeburger Recht in Preussen gab, nicht dem sächsischen Lehnrecht, sondern dem Hof- und Dienstrecht entlehnte. Ihnen wollen wir jetzt unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Von der Verleihung der Güter, welche die olmützer Bischöfe mit Bewilligung des magdeburger Rechts zu Lehen

¹⁾ Vgl. die Urkunde des H. M. Michael Kuchmeister von Sternberg vom Jahre 1418 (Königsberger Staatsarchiv Handfestenbuch A. 192). Der H. M. genehmigt dadurch die Veräusserung der Güter Narkalb und Lenow von Seiten des Hans von der Franzke an das Kloster Pelplin, obwohl diese „zcu meideburgischen rechte ersten sien entlehndt vnd von gotes vorhengnusse widder sterblich sien an vnsen orden“. Das Heimfallsrecht des Ordens wurde im fraglichen Falle durch den Verkauf der Güter an das Kloster, wenn nicht aufgehoben, so doch für so lange unwirksam gemacht, als dieses ihren Besitz behielt. Wenn trotzdem der H. M. in die Veräusserung willigte, so motivirt er das damit, dass er in der Urkunde, welche diese genehmigt, sagt, er hoffe, es werde ihm und dem armen Lande diese Gabe vom Himmel wohl angerechnet werden. Uebrigens behielt er dem Orden den auf den Gütern ruhenden Rossdienst vor. Der Abt des Klosters Pelplin musste sich verpflichten, für die gehörige Leistung desselben durch einen geeigneten Vertreter Sorge zu tragen. — ²⁾ S. die Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (Cod. dipl. Pruss. III Nr. 17) bei den Worten: „Porro si aliquis ex predictis vel ipsorum posteris sine liberis seu filiis decederet relictis filia vel filiabus extunc is, ad quem bona defuncti hereditarie devolventur“.

gaben, sahen wir, dass sie meist ohne förmliche Investitur geschah, und ohne dass die Belehnten Mannschaft und Treueid leisteten. Aehnlich verhielt es sich mit der Verleihung der Güter zu magdeburger Recht in Preussen. Die von den Hochmeistern darüber ertheilten Verschreibungen enthalten nichts, was auf eine Investitur der belehnten Besitzer und die vorgängige oder nachfolgende Huldigung von Seiten der letzteren schliessen liesse. In den Urkunden aus dem 14. Jahrhundert wird nicht einmal der Name Lehn für den geliehenen Gegenstand gebraucht¹⁾. Der Form nach unterschied sich in Preussen die Verleihung von Gütern zu magdeburger Recht in nichts von der Leihe, wie sie bei der Ueberlassung von Grund und Boden zu kulmischem Erbzinsrechte stattfand²⁾. Auch die Erwähnung der guten und getreuen Dienste, welche die belehnten Grundbesitzer dem Orden geleistet haben und für die sie durch die Verleihung belohnt werden³⁾, ist keine Besonder-

¹⁾ So heisst es in der schon mehrfach angeführten Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339: „Domino Santungen nostro Militi atque Perdor fratri suo nec non Gedethen filio fratris eorum ipsorumque veris ac legitimis successoribus damus, conferimus — et donamus villas Dorpme — Gelayne — Dulsyen Kysus — Iure Magdeburgensi libere hereditarie in perpetuo possidendas“. S. ferner die Urkunde des H. M. Dusmer von Arfberg (Cramer, Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow II S. 176. 177): „damus et conferimus liberaliter et donamus fideli nostro Rudigero propter sua fidelia servitia suisque veris et legitimis successoribus et heredibus triginta mansos in campo Zorn Dambrova sitos — iure Magdeburgensi hereditarie perpetuo possidendos“. In den deutsch abgefassten Urkunden aber wird einfach gesagt, der H. M. verleihe und gebe die oder die Güter zu magdeburger Recht frei und ewig zu besitzen. Auch wird die Verleihung wohl selbst als eine Gabe bezeichnet. Vgl. z. B. die Urkunde des H. M. Dusmer von Arfberg vom Jahre 1346 (Königsberger Staatsarchiv, Handfestenbuch von Tüchel, Marienburg u. s. w. A. 191 Fol. 7 verso) bei den Worten: „durch dieser vnser gobe wyllen sal derselbe Heynrich, syne erbin vnd nachkomelinge — vns — getreyvelichen dynen tzu allen Hervarten“ u. s. w. S. ferner die Urkunde des H. M. Winrich von Kniprode vom Jahre 1354 (Cramer a. a. O. II S. 229). — ²⁾ S. hierüber v. Brünneck, Zur Geschichte des Grundeigentums in Ost- und Westpreussen. I. Die kölmischen Güter S. 8 ff. S. 26—27. — ³⁾ Vgl. z. B. die Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (a. a. O.) bei den Worten: „fidelia ipsius et suorum heredum — obsequia — gracia prosequi cupientes“.

heit der Verschreibungen zu magdeburger Recht. Sie findet sich ebenso in den Urkunden betreffend die Verleihung kölnischer Güter¹⁾.

Gleichwie die erste Hingabe von Gütern zu magdeburger Recht ohne Investitur vor sich ging, so bedurfte es ebenso wenig einer erneuerten Nachsuchung derselben, wenn ein Wechsel in der Person des beliehenen Besitzers mit dessen Tode und dem Uebergang des Rechts am Gute auf seine Erben eintrat, oder wenn die herrschende Hand wechselte mit dem Tode des Hochmeisters, oder wenn aus anderer Veranlassung ein neuer Hochmeister an die Stelle des früheren zur Regierung kam²⁾.

Mit dem Mangel der Investitur hängt es ferner zusammen, dass die Verpflichtung zum Reiterdienst sowie zur Hülfe beim Bauen, Bessern und Niederlegen von Burgen und Befestigungen, welche die zu magdeburger Recht beliehenen Grundbesitzer nach Inhalt der Verschreibungen³⁾ zu erfüllen hatten, nicht durch einen besonderen Vertrag übernommen wurde, welcher unabhängig gewesen wäre von der Einräumung des Besitzrechts an den ihnen vom Orden überlassenen Gütern und sie diesem gegenüber persönlich verbunden hätte. Der Reiterdienst war lediglich eine den Gütern auferlegte öffentliche Last. Sie wurde mit deren Besitz von den Beliehenen übernommen und stellte die Gegenleistung dar für die ihnen und ihren Erben gewährte Verleihung⁴⁾. Nicht aber war das Leihgut der Lohn

¹⁾ v. Brünneck a. a. O. S. 38. — ²⁾ Die Huldigung, welche der neue Hochmeister bei Antritt seiner Regierung als Landesfürst von den Ständen in besonders dazu anberaumten Versammlungen entgegennahm, hatte keine lehnrechtliche Bedeutung. Nicht nur alle freien Grundbesitzer des platten Landes, welche Güter und Gerechtsame irgend welcher Art zu dem einen oder andern Recht vom Orden verliehen bekommen hatten und besaßen, sondern auch die Bürger der Städte oder doch die Vertreter derselben mussten ihm da eidlich Gehorsam und Treue geloben. S. Acten der Ständetage Preussens I S. 34. 38. 59. Vgl. dazu Voigt, Geschichte Preussens VI S. 536 Note 1. — ³⁾ Vgl. z. B. die Urkunden der H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (a. a. O.) und Dusmer von Arfberg (Cramer a. a. O. II S. 176. 177). — ⁴⁾ S. die Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (a. a. O.) bei den Worten: „Racione autem collationis et donacionis nostre iidem et eorum posteri cum equis et armis secundum terrae consuetudinem ad expeditiones, terrarum defensiones, municiones de novo construendas

für eine Verbindlichkeit, welche der Empfänger desselben etwa anderweitig gegen den Orden als gegen den leihenden Herrn eingegangen wäre.

Von der entsprechenden militärischen Last, welche auf vielen, wenn auch nicht auf allen, kölnischen Gütern ruhte, unterschied sich die Kriegsdienstpflicht der zu magdeburger Recht beliehenen Grundbesitzer durch ihren grösseren Umfang. Während das kulmische Recht der Regel nach nur den Dienst der Landwehr erforderte¹⁾, verlangte das magdeburger Recht von Allen, welche damit begabt waren, dass sie jedem Aufgebote folgten, mochte es sich um die Landesvertheidigung handeln oder um Heereszüge, die über die Grenzen Preussens hinaus in feindliches Gebiet führten²⁾. Hiervon abgesehen war dagegen die Begründung und rechtliche Behandlung der Wehrpflicht nach beiden Rechten dieselbe³⁾. Der Reiterdienst war mit Pferden und Waffen zu leisten, welche der Art und Beschaffenheit nach als ritterliche gelten konnten⁴⁾.

veteresque reformandas seu eciam dirimendas quandocunque ubicumque et quociescumque requisiti fuerint servire fideliter tenebantur cum suis hominibus seu rusticis“. Vgl. ferner die Urkunde des H. M. Dusmer von Arfberg vom Jahre 1346 (Königsberger Staatsarchiv, Handfestenbuch von Tüchel u. s. w. A. 191 Fol. 7 verso bei den Worten: „durch dieser vnserer gobe wyllen sal derselbe Heynrich (Trutenow) seyne erbin vnd nachkomelinge nach des landes gewonheyt vns (vnd) vnsern brudern getruwelichen dynen tzu allen hervarten beschirmunge des landes nuwe hūser tzu buwen alde tzu bessern adir tzu brechen myt pferden adir myt wapen“; Urkunde des H. M. Winrich von Kniprode vom Jahre 1362 (v. Mülvenstedt, Diplomatar. Heburgense II S. 828) bei den Worten: „von desyn vorgenanten hubin sullen sie vns tun zwei Dienst mit pferdin vnd wapin nach des landis gewonheit zcue allin heruorten“ u. s. w.

¹⁾ v. Brünneck a. a. O. S. 19. 29. — ²⁾ S. die oben S. 79 Note 4 citirten Urkunden. — ³⁾ v. Brünneck a. a. O. S. 30. — ⁴⁾ Dass es in manchen Fällen den beliehenen Grundbesitzern gestattet wurde, sich statt des schweren Panzers der leichteren Platenrüstung zu bedienen, nahm dem Reiterdienst nicht seinen ritterlichen Charakter. Ebenso wenig wurde dieser dadurch alterirt, wenn bei Verleihung an Stammpreussen bestimmt wurde, sie sollten mit Pferden und Waffen nach des Landes Gewohnheit dienen. Beides wird in Urkunden statuirt, wo die zu magdeburger Recht Beliehenen entweder Ritter oder ritterbürtige Leute waren. So wird unter den Stammpreussen, die mit Pferden und Waffen nach des Landes Gewohnheit zu dienen hatten, in der mehrerwähnten Urkunde des H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 einer derselben aus-

Dennoch wäre es verkehrt, wollte man meinen, nur allein Ritter und Leute aus ritterbürtigen und edlen Geschlechtern seien geeignet und fähig gewesen, magdeburger Güter, wie wir der Kürze halber die zu magdeburger Recht verliehenen Besitzungen nennen wollen, zu erhalten. Mochten es auch, zumal in der ersten Zeit nach seiner Einführung in Preussen, vornehmlich Ritter und Edle sein, welche Güter zu diesem Recht bekamen, so war seine Verleihung doch nicht auf die Mitglieder der Ritterschaft beschränkt. Es genügte allein die persönliche Freiheit¹⁾. Welchem Stande der zu Beleihende angehörte, war gleichgültig²⁾.

Mit den Gütern, welche den Gegenstand der Verleihung zu magdeburger Recht bildeten, erhielten die Besitzer sehr häufig grundherrliche Gerechtsame, namentlich die hohe Gerichtsbarkeit verliehen über ihre leibeigenen Bauern und andere von ihnen abhängige Leute. Auch dabei kam es nicht darauf an, ob der so Begnadigte ein ritterbürtiger Mann war oder

drücklich ein Ritter (*miles*) genannt. In einer Urkunde des H. M. Winrich von Kniprode vom Jahre 1353 (Königsberger Staatsarchiv, Handfestenbuch A. 193) darf der zum Platendienst verbundene Arnold von der Lenow doch jedenfalls wohl als ritterbürtiger Mann gelten. Vgl. übrigens noch die Urkunde des H. M. Martin Truchsess vom Jahre 1481 (Zeitschr. des hist. Vereins zu Marienwerder, Heft VII S. 73. 74), wo wegen der späten Zeit, in welche diese fällt, jeder Zweifel ausgeschlossen ist, dass der zu magdeburger Recht beliehene Gregor von Plochwitz dem Adel angehört.

¹⁾ Da dem Rechte des Ordensstaates das Institut der Ministerialität fremd war, konnte es in Preussen unfreie Leute, welche Kriegsdienste nach Ritters Art leisteten, nicht geben. Gleich dem kulmischen setzte daher das magdeburger Recht die persönliche Freiheit des damit zu beleihenden Grundbesitzers voraus. — ²⁾ Vgl. z. B. die Urkunde des H. M. Dusmer von Arfberg vom Jahre 1346 (Cramer a. a. O. II S. 176. 177). Der darin mit dem Gute Zarn Dambrowa zu magdeburger Recht beliehene Rüdiger wird schlechthin „*fidelis noster*“ genannt. Nichts deutet in der Verschreibung darauf hin, dass derselbe ein Ritter oder Edler gewesen sei. Für die spätere Zeit ergibt sich die Thatsache der Verleihung und Verschreibung von Gütern zu magdeburger Recht an nichtritterliche und unadelige Leute aus dem Inhalte des sg. Privilegs des H. M. Martin Truchsess vom Jahre 1487 und dem Neuen Gnadenprivileg des Herzogs Albrecht vom Jahre 1540. Vgl. übrigens Ostpreuss. Prov. Recht Zus. 31 §§ 5. 6.

nicht¹⁾. Ebensowenig aber war ihre Bewilligung etwas dem magdeburger Rechte und der Verleihung von Gütern auf Grund desselben Wesentlichen. Es gab Güter, die zwar zu diesem Recht, nicht aber mit grundherrschaftlichen (feudalen) Gerechtsamen, namentlich nicht mit der hohen Gerichtsbarkeit verliehen waren²⁾.

Ohne dass der Stand der beliebigen Grundbesitzer einen Unterschied machte und ohne Rücksicht darauf, ob ihnen mit ihren Gütern zugleich grundherrliche Rechte verliehen waren oder nicht, treffen wir andererseits in den Verschreibungen zu magdeburger Recht die Bestimmung an, dass sie dem Orden alljährlich einen Recognitionszins zur Anerkennung seines Obereigenthums entrichten sollen.

Nicht zwar in allen Fällen einer Verleihung zu diesem Recht wurde ein solcher Zins vorbehalten und ausbedungen. Manche Güter blieben gänzlich zinsfrei. Doch war deren Zahl immer nur eine verhältnissmässig geringe³⁾. Meistens oder

¹⁾ S. die im Namen und in Vertretung des H. M. ausgestellte Urkunde des Obersten Marschall Friedrich von Wallenrodt vom Jahre 1408 (Königsberger Staatsarchiv, Alte Samländische Handfesten A. 215). Der getreue Tyle von Grabenyn erhält, obwohl kein Ritter noch ritterbürtiger Mann, die Gerichte über seine Leute innerhalb der Guts Grenzen und zwar „beide gross und klein“ mit alleiniger Ausnahme der Strassengerichte. — ²⁾ So wurden im Jahre 1394 dem Stammpreussen Hartman vom H. M. Konrad von Jungingen gelegentlich der Verleihung von 7 Haken 3 Morgen zu magdeburger Recht im Felde zu Kargan bei Kaymen im Samlande nur die kleinen Gerichte mit verliehen. Die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit wird ihm nur bedingungsweise unter der Voraussetzung zugesichert, wenn er nachzuweisen vermöge, dass solche auf einem andern früher verliehenen Gute Menten ihm bewilligt und eingeräumt wurde (Königsberger Staatsarchiv, Alte Samländische Handfeste A. 215). — Im neueren ostpreussischen Recht wurden nachmals die ohne grundherrliche Gerechtsame verliehenen magdeburger Güter als unadelige magdeburger Lehen bezeichnet. Ostpreuss. Provinzialr. Zus. 31 §§ 4—6. Ueber die hohe Gerichtsbarkeit, deren Verleihung nach dem mittelalterlichen Rechte Preussens für die Verknüpfung grundherrlicher (feudaler) oder, wie man später sagte, adliger Vorrechte mit einem Gute charakteristisch war, s. v. Brünneck a. a. O. S. 41. 42. 71. — ³⁾ Als Beispiele mögen dienen die in den Urkunden der H. M. Dietrich von Altenburg vom Jahre 1339 (a. a. O.), Dusmer von Arfberg vom Jahre 1346 (Cramer a. a. O. II S. 176. 177), Konrad Zollner von Rothenstein (Zeitschrift des hist. Vereins zu Marienwerder Heft XXI S. 921) genannten Güter.

doch sehr häufig knüpfte sich an ihren Besitz für die damit Beliehenen die bezeichnete Zinspflicht. Diese trat da noch der Verpflichtung zum Reiterdienste hinzu, welche, zum wenigsten im Mittelalter, auf allen magdeburger Gütern ruhte, mochten sie nun zinsfrei oder mit Vorbehalt eines Recognitionzinses verliehen und verschrieben sein¹⁾).

Nach den Umständen, unter welchen die Güterverleihung zu magdeburger Recht stattfand, kann diese Verbindung des Recognitionzinses mit dem Reiterdienst nicht weiter befremden. Da keine echten Lehen in Frage standen, war die Möglichkeit einer zinsweisen Belastung der magdeburger Güter in Preussen ebensowenig ausgeschlossen, wie bei den Lehen, welche die olmützer Lehnsleute aus dem Kirchengut mit Ertheilung des magdeburger Vasallenrechts von ihrem Bischof verliehen bekamen²⁾. Der Vorbehalt des Recognitionzinses von Seiten des Deutschen Ordens findet so schon allein in der Thatsache

¹⁾ Von den zahlreichen hier einschlagenden Urkunden mag es genügen, anzuführen: die Urkunde des H. M. Winrich von Kniprode vom Jahre 1355 (Zeitschr. des hist. Vereins zu Marienwerder Heft VII S. 43. 44). Herr Niklas von der Jene und sein Brudersohn erhalten für sich und alle ihre rechten Erben und Nachkommen 230 Hufen „zu der Jene“ zu magdeburger Recht frei erblich und ewig zu besitzen. Darauf heisst es: „Von den — guttern sollen sie vnns thun zwey platen dienst — vnd sollen vns ouch zu Bekentnus der Herschaft geben zwey krampfundt wachs vnd zwene kolmisch pfennig“ oder statt deren „funf preusche pfennig alle Jar uf Sancte Mertens tag des Bischoffs“. Derselbe Hochmeister verleiht 1362 (v. Mülverstedt, Diplomatar. Ilebursense II S. 828) vier Stammpreussen 14 Hufen in Pansilauke unweit Rastenburg zum selben Recht. Davon sollen sie dem Orden geben „zcu pflugkorn von iczlichem pfluge eynen scheffil Rockin vnd eynin scheffil weisis vnd von iczlichem hake eynen scheffil wisis vnd eyn marg pfunt wachsis vnd eynin colmischen pfennig adir funf prusche an des stat zcu eyne Bekentnisse der herschaft alle Jar jerlich vf sente Mertins tag des Bischofes“. Sie sollen ausserdem „von desyn vorgeantant huben“ dem Orden „tun zwey dinest mit pferden vnd wapen nach des Landis gewohnheit“ u. s. w. Von Urkunden aus späterer Zeit vgl. man etwa noch die Urkunde des H. M. Michael Küchmeister vom Jahre 1418 (Königsberger Staatsarchiv, Handfestenbuch A. 193). Der Stammpreusse Frentzel Ficke soll dem Orden dienen zu allen Heerfahrten u. s. w. und ihm geben ein Kramfund Wachs und einen kölmischen Pfennig. Urkunde des H. M. Ludwig von Erlichshausen vom Jahre 1454 für Arnold von Mortangen (Zeitschr. d. hist. Vereins zu Marienwerder Heft XXI S. 101. — ²⁾ S. oben S. 70—72.

seine Erklärung und Rechtfertigung, dass derselbe das magdeburger Recht in der Bedeutung eines uneigentlichen Lehnrechts recipirte und in Preussen zur Anwendung brachte, welche man ihm im olmützer Bisthum gegeben hatte. Wie aber diese Reception überhaupt nicht vor sich ging, ohne dass der Orden mit dem magdeburger Recht Aenderungen vorgenommen hätte, um es für die Zwecke des eigenen Staatswesens brauchbar zu machen, so wurde auch die mit den verliehenen Gütern verknüpfte Zinspflicht modificirt.

Als Anhalt dienten ihm da die Vorschriften der Kulmer Handfeste und der ihr nachgebildeten Privilegien betreffend die Verleihung kölmischer Güter¹⁾. Demgemäss wurde in den meisten Verschreibungen der von magdeburger Gütern zum Bekenntniss der Herrschaft und des Obereigenthums dem Orden alljährlich um Martini zu gebende Zins auf 1 oder 2 Krampfund Wachs und 1 oder 2 kölmische oder 5 kulmische bezw. preussische Pfennige festgesetzt²⁾. Nur selten und ausnahmsweise wird im einen oder andern Falle ein höherer und allein in Geld bestehender Zins ausgemacht³⁾. Niemals aber ist dieser ein Hufenzins, wie es der Recognitionszins der olmützer Vasallen war. Er ist nicht für jede einzelne Hufe, sondern von dem ganzen Areal der verliehenen Güter zu entrichten. Daher werden denn von der Zinspflicht andererseits auch nicht, wie im olmützer Bisthum⁴⁾, die Aecker ausgenommen, welche die beliebigen Besitzer selbst bewirthschaften.

Neben und ausser dem bezeichneten Recognitionszins kommt in manchen Verschreibungen zu magdeburger Recht noch eine andere den darnach verliehenen Gütern auferlegte Reallast vor unter dem Namen des Pflugkorns. Sie besteht in der alljährlich zu Martini dem Orden zu leistenden Abgabe von 1 Scheffel Roggen und 1 Scheffel Weizen von jedem deutschen

¹⁾ S. Kulmer Handfeste von 1233 nr. 18. Erneuerte Kulmer Handfeste von 1251 nr. 18 (Preuss. U.-B. I Nr. 105. 252). Dazu v. Brünneck a. a. O. S. 11 ff. S. 26. 27. — ²⁾ S. die oben S. 83 Note 1 angeführten Urkunden. — ³⁾ So verleiht der Kompthur zu Danzig Gerhard von Stange im Namen des Hochmeisters dem Bartus von Rossicz die Güter Rossicz und Borken zu magdeburger Recht mit der Verpflichtung, davon dem Orden einen jährlichen Martinizins von 4 Mark zu geben (Cramer, Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow II S. 228). — ⁴⁾ S. oben S. 59.

Pfluge und von 1 Scheffel Weizen von jedem slavischen oder preussischen Haken¹⁾). Mit dem Recognitionszins in Geld und Wachs steht diese Naturalleistung in keinem Zusammenhange. Sie entspricht vielmehr dem Bischofsscheffel, indem sie sich von diesem allein darin unterscheidet, dass darauf nicht der Diöcesanbischof²⁾, sondern der Orden Anspruch haben soll. Die Verpflichtung hierzu war keine privatrechtliche, wie die zur Abgabe des Recognitionszinses, sondern eine öffentliche Last, welche im Kirchenrecht ihren Ursprung und ihr Fundament hatte³⁾).

Wir haben bis jetzt die Verleihung von Grundbesitz zu magdeburger Recht in Preussen überhaupt in Betracht gezogen. Jetzt ist es nothwendig, dass wir uns mit der Erbfolge in die darnach verliehenen Güter noch etwas näher beschäftigen. Auch da entsteht die Frage, ob und wie weit etwa der Orden bei der Anwendung des magdeburger Rechts in seinem Lande nach Grundsätzen verfuhr, welche nicht dem sächsischen Lehnrecht angehörten, sondern in Anschauungen beruhten, die dem Dienstrecht entsprangen, welches so mittelbar seinen Einfluss bis zu einem gewissen Grade geltend machte.

Nach Inhalt der Verschreibungen sind, wie wir sahen, zur Erbfolge in die nach magdeburger Recht verliehenen Güter allein die Nachkommen der ersten Erwerber berechtigt. Fand aber darum die Erbfolge darin etwa immer nur in gerader Linie vom Vater auf den Sohn statt mit Ausschliessung der Seitenverwandten der letztverstorbenen Besitzer?

Johannes Voigt in seiner Geschichte Preussens⁴⁾ hat das ohne Weiteres, gewissermassen als selbstverständlich angenommen. Wäre seine Ansicht gegründet, dann würde das magdeburger Recht, wie es im Ordensstaate zur Anwendung kam, in dieser Hinsicht, ausser mit dem sächsischen Lehnrecht, auch mit dem magdeburger Recht des olmützer Bisthums übereinkommen, soweit letzteres Grundbesitzern zu Theil wurde, die schon zu

¹⁾ Vgl. z. B. die oben S. 83 Note 1 angeführte Urkunde des H. M. Winrich von Kniprode vom Jahre 1362 (v. Mülverstedt, a. a. O. II S. 828) bei den Worten: „ouch sollen sie vns geben zcu pflugkorn“ u. s. w.

— ²⁾ Kulmer Handfeste 1233 Art. 18. Erneuerte Kulmer Handfeste 1251 Art. 18. — ³⁾ S. v. Brünneck a. a. O. S. 21 Note 1. — ⁴⁾ Bd. VI S. 598.

der Zeit seiner ersten Verleihung freie Vasallen waren und keine Ministerialen.

Doch der Umstand, dass die Lehen der dortigen Vasallen¹⁾ sich in gerader Linie vererbten, kann allein noch nicht als Beweis dienen für die gleiche Art der Vererbung bei den magdeburger Gütern Preussens. Es bleibt darum immer noch möglich, dass der Deutsche Orden die Erbfolge anders regeln wollte, im Anhalt nicht sowohl an das magdeburger Vasallenrecht, denn vielmehr an das magdeburger Dienstrecht, welches ja ebenfalls im olmützer Bisthum Geltung hatte. Zu einem richtigen Ergebniss wird man daher nur gelangen, wenn man die von den Hochmeistern während des 14. Jahrhunderts, mithin noch in der ersten Zeit nach seiner Einführung in Preussen, über die Verleihung des magdeburger Rechts ausgestellten Urkunden in ihrem hier einschlagenden Inhalt des Näheren untersucht.

Eine der ältesten, worin zugleich mit einiger Ausführlichkeit von der Erbfolge gehandelt wird, ist die Verschreibung Dietrichs von Altenburg, welche dieser Hochmeister dem preussischen Ritter Santunge, seinem Bruder Perdor und deren Brudersohn Gedethe im Jahre 1339 ertheilte²⁾. Darin wird für den Fall des Ablebens eines oder des andern der genannten Gutsempfänger oder eines ihrer Erben und Nachkommen die nachstehende Verordnung getroffen: „Porro si aliquis ex predictis vel ipsorum posteris sine³⁾ liberis seu filiis

¹⁾ S. oben S. 64. — ²⁾ Es ist dieselbe im Cod. dipl. Pruss. III Nr. 17 enthaltene Urkunde, auf welche in der vorliegenden Abhandlung in anderem Zusammenhange schon mehrfach Bezug genommen wurde.

— ³⁾ Der Herausgeber des Cod. dipl. Pruss., Johannes Voigt, liest an dieser Stelle sive statt sine. Diese Lesart ist falsch. Die Vergleichung der im Königlichen Staatsarchiv zu Königsberg befindlichen Handschrift ergibt, dass darin allerdings ursprünglich sive am bezeichneten Orte gestanden hat. Der Schreiber aber hat alsbald seinen Irrthum bemerkt und u in n verbessert. Die Lesart sine bedarf einer weiteren Rechtfertigung nicht. Nachdem vorher schon der posteris der beliebenen Preussen überhaupt gedacht ist, hätte es keinen Sinn, wollte der Aussteller der Urkunde noch einmal auf die liberi seu filii zurückgreifen. Andererseits weist schon der Umstand, dass dem Absterben der Söhne das Nachbleiben der Töchter entgegengestellt wird, auf den Gegensatz hin, in welchem die letzteren zu den ersteren standen. Das aber führt nothwendig zu der Annahme eines vorhandenen Mangels von Kindern

decederet relictis filia vel filiabus extunc is, ad quem bona defuncti hereditarie devolventur, filiam seu filias de bonis defuncti secundum statum decenciamque eorum et propaginis sue conformitatem debebit maritare“. Hieraus erhellt, dass, wenn die zu magdeburger Recht beliehenen Grundbesitzer kinderlos oder doch ohne Söhne verstarben, es darum noch keineswegs nothwendig war, dass ihre Güter an den Orden als erledigt heimfielen. Diese gingen vielmehr im Wege des Erbanges auf einen männlichen Rechtsnachfolger über, welcher mit ihrem Besitz die Verpflichtung überkam, die hinterlassenen Töchter des Verstorbenen zum Zweck ihrer Verheirathung in angemessener Weise auszustatten. Der so zur Erbschaft in die magdeburger Güter Berufene kann niemand anders sein als ein männlicher Seitenverwandter. Wird doch vorausgesetzt, dass der verstorbene letzte Besitzer keine Söhne noch weitere männliche Descendenz hinterlassen hat. Der zur Erbschaft berufene Schwertmag muss andererseits mit dem verstorbenen letzten Besitzer denselben Stammvater haben. Und dieser wiederum darf kein Anderer sein, als einer der drei vom Hochmeister Dietrich von Altenburg beliehenen Preussen. Sonst nämlich würde der Erbprätendent nicht zu den Nachkommen jener ersten Gutsempfänger zählen, auf welche dieselbe Verschreibung die Vererbung der darin verliehenen Güter beschränkt. Das Gesagte wird bestätigt durch eine jüngere Urkunde¹⁾, deren Abfassungszeit jedoch immer noch in das 14. Jahrhundert fällt. Im Jahre 1394 giebt und verleiht der Hochmeister Konrad von Jungingen seinem getreuen Hartmann ein Grundstück zu Kargan bei Kaymen im Samlande zu magdeburger Recht und bemerkt ausdrücklich, der Besitz desselben solle verliehen sein den rechten Erben des Empfängers „vnde an dy neeste schwertsithe vnd ouch sinen nachkomelinge“. Die letzteren Worte sind bei der gleichzeitigen Beschränkung der Verleihung auf die nähere und entferntere Descendenz (die Erben und Nachkommen) des Beliehenen nicht anders zu verstehen als dahin, dass innerhalb

oder genauer (sive) eines Mangels von Söhnen, welcher bei der Beschränkung des Erbrechts auf den Mannsstamm allein in Betracht kam.

¹⁾ Königsberger Staatsarchiv, Foliant A. 215, enthaltend alte samländische Handfesten.

derselben die Vererbung nicht bloss in gerader Linie, sondern auch in der Seitenlinie mit Vorzug des nächsten männlichen Erben vor sich gehen soll.

Die Ausdehnung des Erbrechts auf die Seitenverwandten der Besitzer von Gütern, welche der Orden verliehen hatte, war übrigens in Preussen nichts Unerhörtes. Auch das polnische Ritterrecht¹⁾, welches die polnischen Ritter im kulmer Lande und nachher auch andere Ritter und Edle slavischer Abkunft in Pommerellen vom Orden erhielten, berief beim Mangel von Söhnen des letztverstorbenen Besitzers dessen Bruder zur Erbschaft in das verliehene Gut. Selbst den Bruder des ersten Erwerbers nahm es dabei nicht aus. Es stimmte insoweit mit dem magdeburger Dienstrecht überein. Denn dieses eröffnete ja nicht sowohl den Geschwistern des letztverstorbenen, sondern auch dem Bruder des erstbeliehenen Ministerialen die Erbfolge in das Hoflehen²⁾.

Wenn der Deutsche Orden bei Anwendung des magdeburger Rechts in Preussen dem Erbrecht der Collateralen engere Schranken zog, so ist das auf Rechnung des diesem Rechte eigenthümlichen gemischten Charakters zu bringen. Einem Erbrecht in der Seitenlinie nach Analogie der Nachfolge in die magdeburger Hoflehen liess sich da nur soweit stattgeben, als das vereinbar war mit der dem sächsischen Lehnrecht entlehnten Descendentenfolge, von welcher man im Interesse des herrschaftlichen Heimfallsrechts nicht abgehen mochte.

Von dem sächsischen Lehnrecht weicht andererseits das magdeburger Recht in der Form und Gestalt, in welcher es in Preussen Geltung bekam, noch in einem andern das Erbrecht betreffenden Momente ab. Wie schon gesagt ist, verliehen die Hochmeister seit dem Ende des 14. Jahrhunderts zuerst in einzelnen Fällen, später öfters und zu wiederholten Malen Güter zu magdeburger Recht mit Ausdehnung des Erbrechts auf beide Geschlechter³⁾.

¹⁾ S. die von Konrad von Thierenberg im Jahre 1278 den polnischen Rittersn ertheilte Urkunde, wodurch ihnen das Privileg erneuert wurde, welches sie vordem vom Landmeister Hermann Balk empfangen, nachher aber während des Krieges mit den Preussen verloren hatten, im Cod. dipl. Pruss. I Nr. 163. — ²⁾ S. oben S. 63 Note 2. — ³⁾ Die älteste, mir bekannt gewordene Urkunde stellte der H. M. Konrad von Jungingen

Auch das magdeburger Dienstrecht rief die weiblichen Erben der beliehenen Dienstmannen zur Erbfolge in die Hoflehen, nur mit dem Unterschiede, dass es nicht bloss ihren weiblichen Descendenten, sondern auch der Schwester und Mutter ein Erbrecht gab¹⁾. Man könnte daher vielleicht vermuthen, es sei eine Reminiscenz an die bezüglichliche dienstrechtliche Bestimmung gewesen, welche die Hochmeister veranlasste, Leuten, die sie besonders begünstigen wollten, das magdeburger Recht mit Ausdehnung auf beide Geschlechter zu verleihen.

An sich möchte man freilich eher geneigt sein, dabei an die Weiberlehen zu denken, welche die olmützer Vasallen von ihrem Bischof zu Lehn nahmen. Solcher Weiberlehen gab es im olmützer Bisthum viele, während die Zahl der dortigen Ministerialen mit Gütern, die sie zu magdeburger Dienstrecht besaßen, wohl immer nur eine kleine blieb²⁾. Andererseits sollte aber das magdeburger Vasallenrecht auf jene Weiberlehen keine Anwendung finden. Auch bestanden diese sämmtlich in Gütern, welche die Vasallen aus eigenem Vermögen erwarben und nach vorangegangener Auftragung vom Bischof zu Lehen empfangen³⁾. In Preussen dagegen betrachtete sich der Orden als Herrn und Eigenthümer des ganzen Landes. Ein Allodialeigenthum der Privaten konnte da nur ausnahmsweise stattfinden⁴⁾. Die zu magdeburger Recht und beiden Kunnen verliehenen Güter waren durchweg Ordensgüter. Es befanden sich darunter keine, welche ihren Besitzern ursprünglich zu Eigenthum gehört hätten und erst nach erfolgter Auftragung an den Orden vom Hochmeister ihnen verliehen worden wären. Diese Thatfachen verbieten die Annahme, dass die Ausdehnung des magdeburger Rechts in Preussen auf die weiblichen Erben dem Einfluss des olmützer Lehnrechts zuzuschreiben

im Jahre 1396 aus (Königsb. Staatsarchiv, Alte Samländische Handfesten A. 215). Der Stammpreuße Nusselmuren erhielt für sich und seine rechten Erben und Nachkommen die Güter Schebe und Langke „czu magdeburgischem erbrechte“ mit der Vergünstigung „ap her on menliche erbe dirstorbe vnd toechter hinder im lisse dass die genanten gutter an die toechter mochten erben vnd ouch ap her storbe ane erben beydes kunnes dass di selbigen gutter an sine erben vnd nachkomelinge erben szu erben beydes kunnes erben mochten“.

¹⁾ S. oben S. 63 Note 2. — ²⁾ S. oben S. 60—61. 58 Note 1. —

³⁾ S. oben S. 60. — ⁴⁾ v. Brünneck a. a. O. S. 27 ff. S. 31—32.

ist. Man wird sie richtiger auf eine Nachwirkung des magdeburger Ministerialenrechts zurückführen, welches der Bischof Bruno in Mähren neben dem magdeburger Vasallenrecht eingeführt hatte. Vollzog sich im olmützer Bisthum später eine Verschmelzung des Vasallen- und des Dienstrechts zu dem gemeinsamen Begriff des magdeburger Rechts, so mochten doch zu Anfang des 14. Jahrhunderts dort noch immer einzelne Güter vorhanden sein, welche als frühere Dienstlehen auf beide Geschlechter vererbten, obwohl sie im Uebrigen nachher mit den Vasallengütern zusammengeworfen und diesen gleich behandelt wurden.

Wenn daher der Deutsche Orden um jene Zeit das magdeburger Recht von Mähren her recipirte, so erscheint es weiter nicht befremdlich, dass ihm von dort her auch der Anstoss kam, dasselbe unter Umständen auf beide Geschlechter auszudehnen¹⁾. Das so entstehende magdeburger Recht zu beiden Kunnen oder Geschlechtern folgte, von der Zulässigkeit der weiblichen Erbfolge abgesehen, im Uebrigen den gleichen Grundsätzen wie das magdeburger Recht schlechthin. Namentlich konnte den darnach verliehenen Gütern ebenfalls ein Recognitionzins aufgelegt werden²⁾.

¹⁾ Der behaupteten Einwirkung des magdeburger Dienstrechts steht auch nicht der Umstand entgegen, dass, wie wir weiterhin sehen werden, den weiblichen Erben der zu magdeburger Recht und beiden Kunnen beliehenen Grundbesitzer ein Erbrecht nur für den Fall eingeräumt wird, dass keine Söhne oder andere männlichen Erben vorhanden sind. Auch das magdeburger Dienstrecht rief vermuthlich die Töchter zur Erbfolge in die Hoflehen erst beim Mangel von Söhnen und ebenso die Schwester und die Mutter nur, wenn kein Bruder oder Vater des Erblassers mit ihnen concurrirte. Man darf das daraus abnehmen, dass in jeder der verschiedenen Erbklassen die Männer den Weibern vorangestellt werden. Doch selbst wenn es sich damit anders verhalten haben sollte, würde sich daraus noch kein Argument ergeben gegen einen möglichen Zusammenhang des magdeburger Rechts in seiner Ausdehnung auf beide Geschlechter mit dem magdeburger Dienstrecht. Denn, so gut wie der Orden in andern Stücken das aus Mähren herübergenommene magdeburger Recht in seinem Lande den eigenen Zwecken entsprechend modelte, kann er solche Modification auch dann vorgenommen haben, wo es ihm beliebte, die Verleihung auf die weiblichen Erben der Gutsempfänger zu erstrecken. — ²⁾ S. die oben S. 88 Note 3 angeführte Urkunde des H. M. Konrad von Jungingen v. J. 1396, worin der beliehene Gutsempfänger,

Bis jetzt haben wir das magdeburger Recht, wo es in Preussen galt, nur als Norm für eine bestimmte Art des Besitzrechts an Grund und Boden kennen gelernt. Im Wesentlichen ging darin auch sein Inhalt und seine Bedeutung auf. Vorher aber ist uns in der Rechtsgeschichte des olmützer Bisthums die Thatsache entgegengetreten, dass nach der eingetretenen Verschmelzung des magdeburger Vasallen- und des magdeburger Dienstrechts zu dem einen magdeburger Recht darunter Verordnungen einbegriffen wurden, welche sich nicht allein auf die Lehen und Dienstlehen der Vasallen und früheren Ministerialen bezogen, sondern auch deren sonstiges Vermögen und ihre Personen berührten. Eine solche Ausdehnung hat nun freilich der Deutsche Orden dem magdeburger Recht in seinem Lande nicht gegeben. Wohl aber hat er dasselbe in einer Beziehung erweitert, welche über den Bereich des Immobiliarsachenrechts hinausging. Die fahrende Habe war es, welche hiervon betroffen wurde, soweit sie den Gegenstand des Nachlasses und des ehelichen Güter- und Erbrechts bildete. Sie fiel, wenn der Besitzer eines magdeburger Gutes ohne Söhne oder bei Verleihung zu beiden Kunnen ohne Kinder verstarb, nur zur einen Hälfte an seine Wittwe, seine Töchter, bezw. an seine Geschwister und sonstigen Erben. Die andere Hälfte dagegen zog der Orden ein¹⁾).

seine männlichen und weiblichen Erben und Nachkommen ausser zum Reiterdienst zur Leistung des jährlichen Recognitionszinses von 1 Krampfund Wachs und 1 kölnischen Pfennig oder 5 preussischen Pfennigen verpflichtet wurden. S. ferner die Urkunde des H. M. Martin Truchsess vom Jahre 1482 (Zeitschrift des hist. Vereins zu Marienwerder Heft VII S. 73. 74). Auch durch diesen Recognitionszins unterschieden sich die auf beide Geschlechter verliehenen magdeburger Güter Preussens von den weiblichen Lehen der olmützer Vasallen. Waren doch die letzteren gänzlich zinsfrei. S. oben S. 60.

¹⁾ Vgl. die Urkunde des H. M. Paul von Russdorf vom Jahre 1434, welche Voigt in seiner übersichtlichen Darstellung der Rechtsverfassung Preussens S. 32 Note 58 mittheilt. S. ferner den Lehnsbericht des Erzbischofs Günther von Magdeburg vom Jahre 1440 § 2 (Steffenhagen, Deutsche R.-Qu. in Preussen S. 105. 106). Die darin aufgeworfene Frage, wie es beim Heimfall der Lehnsgüter an den Lehnsherrn mit der fahrenden Habe zu halten sei, ob sie ganz oder nur zum Theil vererben solle an die Blutsfreunde des verstorbenen Mannes, wird nur verständlich, wenn man für Preussen eine entgegenstehende Gewohnheit annimmt,

Das Lehnrecht, namentlich das sächsische¹⁾, weiss nichts von einem Anspruch des Lehnsherrn auf den beweglichen Nachlass des verstorbenen Vasallen oder auf einen Theil davon. Eine andere Bewandniss hatte es damit nach Dienstrecht. Da ergab sich die Berechtigung des Herrn, einen Theil der fahrenden Habe beim Ableben des Dienstmannes einzuziehen aus der persönlichen Unfreiheit des letzteren, mochte auch die dem Sterbefall aus dem Vermögen des leibeigenen Mannes entsprechende Abgabe von Ministerialen nicht allerorten, sondern nur da erhoben werden, wo sie herkömmlich war²⁾.

Allerdings hatte nun, um es noch einmal zu sagen, der Deutsche Orden keine Ministerialen noch andere unfreie Ritter in seinen Diensten. Dennoch aber behandelte er die an Ritter wie an nicht ritterbürtige Leute verliehenen magdeburger Güter mehr nach Art der Dienstlehen, denn als echte Lehen. Und diesem Umstande dürfen wir es zuschreiben, dass er die dingliche und persönliche Seite des Rechtsverhältnisses der damit beliehenen Grundbesitzer nicht streng auseinanderhielt und sich demnach auch befugt glaubte, mindestens einen Theil der fahrenden Habe, die sich bei ihrem Tode im Nachlasse und auf den Gütern vorfand, für sich einzuziehen. Die Ministerialität äusserte so in Preussen noch im 14. Jahrhundert und darüber hinaus eine Nachwirkung, als dieses Rechtsinstitut sonst längst schon aufgehört hatte zu bestehen³⁾.

Während der Dauer des 14. Jahrhunderts und auch noch zu Anfang des 15. gab das magdeburger Recht, soviel man

auf die gestützt der Orden in solchem Falle einen Theil der nachgelassenen fahrenden Habe für sich beanspruchte. S. im Uebrigen noch: Acten der Ständetage Preussens III S. 172 und dazu Th. Hirsch, Geschichte des Karthäuser Kreises (Zeitschrift des Westpreuss. Geschichtsvereins Heft VI S. 58. 65).

¹⁾ S. den vorhin citirten Lehnbericht des Erzbischofs Günther vom Jahre 1440. — ²⁾ Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 424. —

³⁾ Den gleichen Anspruch auf die Hälfte der Fahrhabe erhob der Deutsche Orden innerhalb des polnischen Ritterrechts. S. die Urkunde vom Jahre 1278 (Cod. dipl. Pruss. I Nr. 163). Von diesem Recht hat schon Theodor Hirsch a. a. O. S. 52 behauptet, es sei kein wahres Lehnrecht, sondern ein Dienstrecht gewesen. Dass seine Ansicht, soweit es die darnach verliehenen Güter betrifft, richtig ist, muss ich mir vorbehalten, an einem andern Orte nachzuweisen.

weiss, keine Veranlassung zu Streitigkeiten zwischen dem Deutschen Orden und den Rittern und nicht ritterbürtigen Leuten, die Güter nach Massgabe desselben verliehen bekommen hatten und besaßen. Anders wurde das in der Zeit des Verfalls der Ordensherrschaft nach der Tannenberger Schlacht (1410). Die allgemeine Noth im Lande und die Zerrüttung der Finanzen, welche der Krieg mit Polen zur Folge hatte, liessen die Hochmeister auf Massregeln Bedacht nehmen, die geeignet wären, den schwindenden Einkünften des Ordens wieder aufzuhelfen. Eine ausserordentliche Einnahmequelle gewährte das Heimfallsrecht an den zu abgeleiteten Besitzrechten verliehenen Gütern. Im Drange der Zeitumstände lag für die Hochmeister die Versuchung nahe, es willkürlich zu erweitern ohne Rücksichtnahme auf die Schranken, welche ihm die bestehende Rechtsverfassung zog. Soweit Verleihungen zu magdeburger Recht in Frage kamen, eröffnete sich der Landesherrschaft die Aussicht einer leichteren und häufigeren Einziehung der Güter, wenn es gelang, diese in Lehen umzuwandeln und dem magdeburger Recht selbst, soweit es nöthig und zweckdienlich schien, die Eigenschaft und Bedeutung eines wirklichen Lehnrechts mitzutheilen. Dahin ging denn auch thatsächlich das Streben des Ordens.

Der Hochmeister Paul von Rusdorf richtete im Jahre 1440 an den Erzbischof Günther von Magdeburg ein Schreiben¹⁾, worin er diesen um Belehrung ersuchte über mehrere Rechtsfragen, die sämmtlich die Eventualität des Todes eines Lehnsmannes, der keine lehnsfähigen Erben hatte, und die Rechte des Herrn an dessen Nachlass und namentlich am Lehnsgute betrafen, wenn der bezeichnete Fall eintrat oder doch bevorstand und demnächst zu erwarten war. Indem er das magdeburger Recht ein Lehnrecht nannte, gab Paul von Rusdorf dadurch von vornherein zu verstehen, dass der Orden die in Preussen befindlichen magdeburger Güter als wahre Lehen angesehen wissen wollte, nicht als Leihgüter oder als Dienstlehen.

¹⁾ Dieses selbst ist verloren gegangen oder doch bis jetzt nicht aufgefunden. Sein wesentlicher Inhalt lässt sich jedoch aus den bezüglichen Antworten ersehen, welche der darauf ergangene Lehnsbericht des Erzbischofs Günther, aus demselben Jahre herrührend, enthält (Steffenhagen a. a. O. S. 105ff.).

Da es ein besonderes magdeburger Lehnrecht im Erzbisthum Magdeburg nicht gab, konnte die gewünschte Rechtsbelehrung nicht anders ausfallen, denn im Anhalt an die Vorschriften des sächsischen Lehnrechts und im Einklang mit diesem. Demgemäss constatirte der Erzbischof, dass „des mannes lehengut, der ane lehenerbin, das ist ane sohne vorstirbit, gefellit widder an den hern“, es sei denn, dass dieser einem andern Manne das Gedinge daran geliehen habe (Sächs. Lehnrecht Art. 6 § 2).

Diese Auskunft musste durchaus befriedigen, wenn man einmal gewillt war, das magdeburger Recht zu einem Lehnrecht umzudeuten und ihm dessen Eigenschaft beizulegen. Von einem Erbrecht der Seitenverwandten war dann keine Rede mehr, wenn der Besitzer eines magdeburger Gutes ohne Söhne oder, bei Ausdehnung der Verleihung auf beide Geschlechter, ohne Kinder zu hinterlassen, verstarb. Der Orden hat denn auch nicht ermangelt, die bezüglichlichen Vorschriften des sächsischen Lehnrechts, über deren wahre Bedeutung und Tragweite ihn vielleicht erst der Lehnsbericht des Erzbischofs Günther aufklären mochte, alsbald zu seinem Vortheil geltend zu machen.

Unbekümmert durch den entgegenstehenden Inhalt der älteren Verschreibungen zog er magdeburger Güter als heimgefallen ein, wenn beim Tode ihrer letzten Besitzer zwar keine Söhne noch sonstige Descendenten, wohl aber noch Brüder oder Vettern vorhanden waren, welche von dem erstbeliehenen Gutserwerber abstammten.

Andererseits waren die Hochmeister, wenn sie das magdeburger Recht für ein Lehnrecht erklärten und den darnach verliehenen Grundbesitz in Rücksicht der Vererbung als Lehen behandelten, darum doch keineswegs geneigt, etwa alle Grundsätze des sächsischen Lehn-, beziehungsweise Landrechts darauf in Anwendung zu bringen und ihnen auch da stattzugeben, wo das nicht dem Interesse des Ordens zu entsprechen schien.

Eine der mehreren von Paul von Rusdorf dem Erzbischof Günther vorgelegten Fragen ging dahin, ob beim Heimfall von Lehen an den Lehnsherrn die fahrende Habe ganz oder doch zum Theil an die Blutsfreunde des verstorbenen Lehnsmannes erben solle. Die vom Erzbischof getroffene Entscheidung

konnte, da er allein das sächsische Lehn- und Landrecht zu Grunde legte, nicht anders denn zu Ungunsten des Lehnsherrn und zu Gunsten der Erben und der Wittve des Lehnsmannes getroffen werden ¹⁾).

Dennoch hielt der Orden an seinem Ansprüche fest auf einen Theil von dem beweglichen Nachlasse der zu magdeburger Recht beliehenen Besitzer. Noch im Jahre 1450 wurde in Pommern nicht bloss innerhalb des polnischen Ritterrechts, sondern auch auf magdeburger Gütern die Hälfte der Fahrhabe für die Landesherrschaft von den Erben oder der Wittve verstorbener Ritter und Adeliger eingezogen ²⁾).

Auch die Form der Güterverleihungen zu magdeburger Recht erfuhr keine Aenderung. Ebenso wenig nahmen die Hochmeister darauf Bedacht, einen Lehnshof zu errichten, dessen Mannen aus der Mitte der beliehenen Grundbesitzer gewählt und berufen gewesen wären, unter dem Vorsitz des Lehnsherrn oder eines von ihm bestellten Vertreters in Lehnssachen Urtheil zu finden. Es fehlte so in Preussen selbst jede richterliche Behörde, die in Processen aus dem Bereiche des magdeburger Rechts zwischen der Landesherrschaft und den beliehenen Grundbesitzern unparteiisch hätte entscheiden können. Diesem Mangel wurde auch dann nicht abgeholfen, als der Hochmeister Ludwig von Erlichshausen allen seinen Unterthanen, welche meinten, durch die Beamten des Ordens an ihrem magdeburger Recht gekränkt zu sein, im Jahre 1450 den Rechtszug nach Magdeburg an den dortigen erzbischöflichen Lehnshof gestattete und eröffnete ³⁾. Fragte es sich ja doch eben, ob das magdeburger

¹⁾ S. den Lehnbericht vom Jahre 1440 (Steffenhagen a. a. O. S. 105. 106) § 2: „alsdann gefragt wert, ab des vorstorbenen lehenmannes lehengut an die hirschafft versterbe, ab dann alle gerade oder varende habe, ader eczliche vnd eczliche nicht erben sulle an die frunde, vnd was gerade sie ader varende habe mit namen: darzu antworten wir also, als wir vnderwiset vnd erfahren sien, wan der lehenman verstirbt, so nynt sien erbe zcu lantrechte alle varende habe, eigen vnd erbe, das der tode gelassen hat, ane gerade, morgengabe vnd mustheil et.“

— ²⁾ S. Hirsch a. a. O. S. 65. — ³⁾ S. die Antwort des H. M. Ludwig von Erlichshausen auf die ihm von Land und Städten auf dem Ständetage zu Elbing, Montag nach Misericordia Domini 1450 übergebenen Beschwerden (Acten der Ständetage Preussens III S. 144 Nr. 68): „Item uff den artikel von deme Meydeburgschen rechte, antwert: Lyben getruwen, ab ymants miszduncket an Meydeburgischem leenrechte, der

Recht denn wirklich ein Lehnrecht war oder nicht. Vorläufig behauptete das allein der Orden.

Wenn dieser, gestützt auf die vom Erzbischof Günther erteilte Rechtsbelehrung, der Vererbung der magdeburger Güter fernerhin nur in der geraden Linie stattgeben wollte, so mochten die deshalb getroffenen Anordnungen sich finanziell empfehlen. Politisch waren sie dagegen sehr bedenklich. Sie fielen in die Zeit nach der Errichtung des preussischen Bundes¹⁾, wo ohnehin schon wegen mancherlei Streitigkeiten zwischen dem Hochmeister und den Ständen die Stimmung im Lande eine erregte war. Man darf sich daher weiter nicht darüber wundern, dass die Besitzer der magdeburger Güter die vom Orden angestrebte Beschränkung ihres Erbrechts keineswegs ruhig hinnahmen, sondern energischen Widerspruch dagegen erhoben. Die pommerellische Ritterschaft, zunächst des Schwetzer Kreises²⁾, war es, welche, wie es scheint, zuerst und vor andern der Behauptung entgegentrat, dass, wenn innerhalb des magdeburger Rechts ein Grundbesitzer ohne Leibeslehnserben versterbe, sofort das herrschaftliche Heimfallsrecht Platz greife. Sie machte geltend, dass die magdeburger Güter, weil davon dem Orden jährlich eine Abgabe in Wachs, Korn und Weizen entrichtet werde, nicht freie Lehen seien. Wo man aber Lehngüter jährlich verzinsen müsse, da könnten diese, solange noch irgend welche Erben vorhanden wären, dem Herrn nicht ledig werden³⁾.

moge is in Meydeburgischem rechte suchen, do man Meydeburgesch leenrecht pflēget czu suchen“. Vgl. dazu den Lehnbericht des Erzbischofs Günther vom Jahre 1440 § 1 (Steffenhagen a. a. O. S. 105).

¹⁾ Der preussische Bund wurde am 13. März 1440 errichtet, der Lehnbericht des Erzbischofs datirt vom 24. September 1440. — ²⁾ Voigt, Rechtsverfass. Preuss. S. 33. S. auch Hirsch a. a. O. S. 64. — ³⁾ S. das Schreiben des H. M. Ludwig von Erlichshausen an die Schöffen von Magdeburg (Steffenhagen a. a. O. S. 70) bei den Worten: „Nu hebben wy schelunge mit — vnszen vndersathen, dy von vnsen — ordene jn Magdeburgischim rechte belegen syn, dy denn vor sich nemen vnd spreken, dat alsuke guder, wann sy ane lyues lehn eruen jn got vosteruen nicht an vns vnd an vnsen — orden sterffen schullen, hir vmme wen dy genanten ore lehenguder nicht fry sin, Nach dem sy da von — was, korn vnd weyte gheuen vnd also jerliken vortynszen musten —. vnd wur man lehnguder jerliken vortynsset, dy en mogen den hern, dy wyle dat dar ennige eruen sin, nicht geopent werden“.

Nun geschah freilich in Preussen nicht jede Verleihung von Grundbesitz zu magdeburger Recht¹⁾ mit Vorbehalt eines Recognitionszinses für den leihenden Herrn. Immerhin wurde dieser vom Orden sehr häufig ausbedungen, indem die Hochmeister ihn ebenso wie die olmützer Bischöfe für wohl verträglich hielten mit dem magdeburger Recht. Dem Wesen des wahren Lehns aber im Sinne des deutschen und sächsischen Rechts widersprach er. Insoweit waren der von der pommerellischen Ritterschaft vorgebrachte Einwand gegen die Lehnseigenschaft der magdeburger Güter und die daraus gezogenen Folgerungen zweifellos gerechtfertigt. Der Regierung des Deutschen Ordens entging das nicht. Nicht ohne Sophistik aber verfuhr der Hochmeister Ludwig von Erlichshausen in einem Schreiben an die Schöffen in Magdeburg, worin er über die Streitfrage Bericht erstattete und um Rechtsbelehrung ersuchte. Er warf darin nämlich die von den Besitzern der magdeburger Güter dem Orden in Wachs zu leistende Abgabe mit der Abgabe an Korn und Weizen zusammen. Beides erklärte er für einen Zehnt, mit welchem der Orden zur Ausbreitung des Christenthums und, um dasselbe in seinem Lande gegen die Heiden um so besser schirmen zu können, von Papst und Kaiser begnadigt worden sei²⁾. Dass ausser dem Zehnt auf vielen Gütern noch der Recognitionszins von einem oder mehreren Pfunden Wachs und einem kölnischen Pfennig oder einer entsprechenden Zahl von kulmischen oder preussischen Pfennigen lastete, blieb so verschwiegen. Die magdeburger Schöffen,

¹⁾ S. oben S. 82. — ²⁾ Die hier einschlagenden Worte des gedachten Schreibens lauten: „Als dat land to prutzen jm irsten an vnsem orden gekomen is, So wart vnsem — orden, to vormeringe der Cristenheyt vnd dy vor der heydenschapp an dissem orde landes to beschütten, durch behistlike vnd keyserlike begnadunge dy Thegede der prister to hulpe gegheuen, vpp dat düsse land desten bad jn dem rechten gelouen beschermet vnd befredet wurden. — So syn vnse vorfaren vnd wy — jn eyner gerugesamen vppnahme vnd vredesamen were vnd besittunge des genanten tegedes gewesin vnd noch syn, Nemeliken dat wy von vnser — ordens belehnden vnderstathin, dy jn Magdeburgischim rechte besethin sin, vnd des genanten tegedes wegen, dy doch nicht von enniger werltliken saken, sunder von gotlikem rechte uthgesetset is, Alle jar eyn krampunt wasses vnd von eynem jowelken pluge eynen Schepel korn vnd eynen schepel weites genomen hebbn“.

welchen nur allein der Bericht des Hochmeisters vorlag, konnten nicht umhin, eine seinen Wünschen entsprechende Antwort zu ertheilen. Indem sie die Abgabe des Krampfundes Wachs gleich der des Pflugkorns an Roggen und Weizen als einen Zehnt erachteten, vermochten sie darin kein Bedenken zu erblicken gegen die vom Hochmeister behauptete Lehnseigenschaft der magdeburger Güter. Sie sprachen demzufolge dem Orden das Heimfallsrecht in dem behaupteten Umfange zu, so dass derselbe zur Einziehung berechtigt sein sollte, so oft ein Besitzer verstarb, ohne leibliche lehnsfähige Erben zu hinterlassen¹⁾.

Dennoch vermochte der Spruch der magdeburger Schöffen ebensowenig wie vordem der Lehnsbericht des Erzbischofs Günther der Lehnsqualität der magdeburger Güter die vom Orden erhoffte allgemeine Anerkennung im Lande zu verschaffen. Vielmehr fand jetzt eine gerade entgegengesetzte Ansicht Förderung und Verbreitung durch den preussischen Bund. An ihn wandten sich die interessirten Grundbesitzer, zunächst wieder die der Ritterschaft und des Adels von Pommerellen. Sie brachten es dahin, dass der Bund ihre Klage über die willkürliche Erweiterung des herrschaftlichen Heimfallsrechts zu der seinigen machte und unter die zahlreichen Klagen und Beschwerden aufnahm, welche er gegen den Orden und seine Regierung erhob²⁾. Nicht allein, dass man die Behauptung, das magde-

¹⁾ Vgl. die bezüglichliche Antwort der magdeburger Schöffen (Steffenhagen a. a. O. S. 71): „Is juwem orden to vormeringe der Cristenheit durch bebestlike vnd keyserlike begnadunge de thegede der pristere to hulpe gegeuen, vppe dat de land deste bad jn dem rechten gelouen beschermet vnde befredet worden, hebbe gy denne vnd juwe vorfaren juwen vndersaten den acker, dar juwe orden den thegeden ane hefft, also gelegen, dat gy vom juwen des ordens belehnden vndersathen alle jar eyn krampund wasses vnd von eynem jowelken pluge eyne schepel korn vnd eyne schepel weites jm namen des tegeden vnd als tegeden dar van von on upgenomen hebben, vnd efft de belehnden ane lyues eruen sturuen, dat juw denne dat gud vnd acker schal vorlediget wesen, vnd hebbe gy denne eyn alsodans jn weren vnd in besittunge vnuorbroken wente her to gehad gehalten vnd beseten: So sint gy neger vnd mit beteren rechten dar by to bliuen, wen se juw vnd juwen orden dar an vorhinderen mogen, von rechtes wegen“. — ²⁾ S. die Erklärung über die Ursachen der Errichtung des preussischen Bundes, welche dem Process der Tagfahrt zu Graudenz vom 10. April 1453 beigelegt ist

burger Recht sei ein Lehnrecht, zurückwies, ging man jetzt noch einen Schritt weiter. Man stellte jedwede besondere Bedeutung desselben in Abrede. Indem man es schlechthin als magdeburger Landrecht bezeichnete, wollte man damit sagen, es sei nichts Anderes darunter zu verstehen, als das im Erzbisthum Magdeburg geltende Landrecht des Sachsenspiegels¹⁾.

Diese Ansicht, welche die Geschichte des magdeburger Rechts in Mähren und Preussen völlig ignorirte und sich über den Inhalt der Verschreibungen hinwegsetzte, bedarf weiter keiner Widerlegung. Sie ist jedoch charakteristisch nicht sowohl, weil sie Zeugniß giebt von der Energie des Widerstandes, auf welchen der Orden stieß bei seinem Streben nach Erweiterung des Heimfallsrechts, sondern auch darum, weil daraus die Begriffsverwirrung hervorgeht, die in Preussen um die Mitte des 15. Jahrhunderts herrschte. Die Hochmeister hatten diese nicht zum wenigsten verschuldet. War doch ihr Verfahren ein durchaus willkürliches. Während sie darauf ausgingen, das magdeburger Recht in ein Lehnrecht umzuschaffen, sahen sie doch keineswegs etwa alle Grundsätze des sächsischen Lehnrechts dafür als massgebend an. Wo die Aenderung nicht ihrem Vortheil entsprach oder doch nicht als nothwendig oder zweckmässig erschien, liessen sie es bei dem früheren Rechtszustande bewenden, demzufolge das magdeburger Recht

(Acten der Ständetage Preussens IV S. 23 Nr. 21), bei den Worten: „Item worden die gutter uf Pomerellen zu Meideburgischem landrechte und erbrechte gelegen genomen der ritterschaft, die noch sich nicht mannes erben lyszten, wie wol sie bruder, mogen und vetter, die mochten nicht erbnamen werden“. S. ferner die Beantwortung der um dieselbe Zeit vom Orden vor dem Kaiser angebrachten, auf Aufhebung und Vernichtung des Bundes gerichteten Klage. Die Verbündeten liessen ihren Vertreter sagen, es würden: „die ritterschaft und stett, die ire gütter besitzen nach Maidburgischem landrechten, dawider beschwert, wann so ettlich sterben ane menliche erben, ob sy brüder und vettern haben, so lassen die herrn des ordens dieselben zu soliche verlassen erbe und gut nicht kommen, sunder sy underwinden sich der gutter zu des ordens handen“ (Acten der Ständetage Preussens IV S. 138. 139).

¹⁾ S. die vorige Note und vgl. dazu den Lehnsbericht des Erzbischofs Günther vom Jahre 1440 (Steffenhagen a. a. O. S. 106) bei den Worten: „Dis ist zu Magdeburgischen lantrechte jn den vierunzwenzigsten artikile des ersten buchis“ (Sachsensp. Landr. I, 24 § 3).

neben lehnrechtlichen auch dienstrechtliche Momente in sich begriff.

Der Rückschlag konnte nicht ausbleiben. Das willkürliche Verfahren des Ordens musste es den davon betroffenen Besitzern der magdeburger Güter nahelegen, nunmehr ihrerseits mit der geschichtlich überkommenen Rechtsverfassung zu brechen, indem sie das magdeburger Recht nicht bloss aus dem Bereiche des wahren Lehnrechts, sondern auch aus dem des unechten Lehn- und Dienstrechts ausschieden und es ohne Weiteres mit dem Landrechte identificirten. Daher beschwerten sie sich denn nicht nur darüber, dass der Orden die vom ersten Erwerber abstammenden männlichen Seitenverwandten des letzten Besitzers eines magdeburger Gutes von der Nachfolge ausschloss, wenn dieser ohne Söhne verstarb. Sie erblickten auch schon darin eine Kränkung ihres Rechts, dass überhaupt Seitenverwandte von der Erbfolge ausgeschlossen wurden, mochten sie nun vom ersten Erwerber abstammen oder nicht. Wenn sie so die Zulassung schlechthin aller männlichen Erben forderten, stellten sie das Heimfallsrecht des Ordens völlig in Frage. Denn auch der Vorzug des männlichen Geschlechts vor dem weiblichen war, wenn man sich an die Vorschriften des sächsischen Landrechts hielt, kein unbedingter mehr. Er fand ja bekanntlich nur innerhalb der Descendenz, sowie unter den Geschwistern und Eltern des Erblassers statt, indem der Sohn der Tochter, der Bruder der Schwester, der Vater der Mutter vorging, ohne dass doch die weiblichen Verwandten beim Mangel der genannten männlichen Erben von der Erbfolge in den Nachlass ihres Vaters, Bruders oder Kindes ausgeschlossen gewesen wären¹⁾.

Der Rückschlag gegen das Bestreben des Ordens nach Erweiterung seines Heimfallsrechts an den magdeburger Gütern setzte sich in Westpreussen fort, nachdem der Thorner Frieden von 1466 diesen Theil des Ordenslandes vom übrigen Preussen getrennt und mit dem Reiche Polen vereinigt hatte. Die Palatine, Castellane und andere Würdenträger, wie der gesamte Adel des polnischen Preussens, insonderheit der der Districte Pommerellen, Marienburg und Stuhm, richteten an

¹⁾ Sächs. Landrecht I, 17 § 1.

den König Kasimir IV. die Bitte um Abschaffung des preussischen, magdeburgischen, wie überhaupt aller Rechte, vermöge deren der Orden zur Zeit seiner Herrschaft ein Heimfallsrecht an dem von ihm verliehenen Grundbesitz ausgeübt und geltend gemacht hatte. Der König entsprach dieser Bitte. Durch das Privileg vom Jahre 1476 erklärte er die preussischen, magdeburgischen, pommerschen und Lehnrechte für abgeschafft. An ihre Stelle sollte fortan das kulmische Recht als das allein im Lande massgebende Recht treten. Zugleich verzichtete er ausdrücklich auf den Heimfall aller erblich verliehenen und besessenen Güter, welche ihm und seiner Herrschaft bis dahin nach Lehnrecht erledigt wurden¹⁾. In Westpreussen, soweit es seit 1466 polnisch wurde, verlor so das magdeburger Recht jede Geltung und Bedeutung.

Anders war der Verlauf der Geschichte des magdeburger Rechts in dem an Gebietsumfang und Macht durch den Thorner Frieden verringerten und geschwächten Ordensstaate. Wir verstehen darunter hier denjenigen Theil Preussens, welcher nach 1466 unter der unmittelbaren Herrschaft des Deutschen Ordens blieb. Den Hochmeistern gelang es da, die von ihnen aufgebrachte Ansicht, dass das magdeburger Recht ein Lehnrecht sei, zur herrschenden zu machen. Die adeligen und nicht-adeligen Grundbesitzer, welche Güter zu diesem Recht besaßen, fügten sich stillschweigend, ohne Widerspruch zu erheben.

¹⁾ Das angeführte Privileg ist enthalten in einer für die Städte des polnischen Preussens angelegten Sammlung von Rechtsquellen, betitelt: „Jura municipalia terrarum Prussiae (Ed. nova, Dantisci, 1685) D. 3.“ Die Worte, auf welche es hier ankommt, lauten: „pulsati precibus Magnificorum et Nobilium Palatinorum, Castellanorum, Dignitatorum totiusque communitatis et Baroniae Terrarum nostrarum Prussiae, et signanter de districtibus Pomeraniae, Marienburgensis et Stumensis alias Pomezaniensis, omnia Jura Prutenicalia, Magdeburgensia, Pomeraniae ac feodalia, in quibus alias tempore Magistri et Ordinis consistebant, et ipsi regulabantur, ab ipsis removens, abrogantes, et perpetuo abolentes loco omnium Jurium praedictorum Jus Culmense, quo districtus Culmensis gaudet et fruitur, ipsis et eorum posteris — de consensu omnium Praelatorum et Baronum nostrorum conferimus et largimur perpetuo et in aevum —. Abrenunciantes insuper devolucionem Bonorum haereditariorum, quo nobis et Dominio nostro iure feodi cedebant et debebantur, ac ab eadem recedentes, successionem posteris eorum in perpetuum donantes“.

Wenigstens verlautet davon nichts. Jedoch blieben die magdeburger Güter ungeachtet ihrer nicht mehr bestrittenen Lehnseigenschaft auch jetzt noch Lehen ohne Mannschaft. Nach wie vor geschah ihre Verleihung ohne eigentliche Investitur. Ebensowenig wurde dabei den Beliehenen die Nachsuchung der Lehnserneuerung zur Pflicht gemacht, sobald ein Wechsel in der herrschenden oder dienenden Hand eintrat¹⁾.

Vollzog sich die Umwandlung des magdeburger Rechts in Lehnrecht innerhalb des Ordensstaates ohne fernere Schwierigkeiten, so hörten darum die Adeligen und die nicht ritterbürtigen Leute, welche Güter zu diesem Recht besaßen, doch noch nicht zu hoffen und zu wünschen auf, es möchten dem landesherrlichen Heimfallsrecht wieder engere Grenzen gezogen, und dahingegen ihnen eine grössere Freiheit in Ansehung der Vererbung und Veräusserung eingeräumt werden. Eine wenn auch nicht völlige Befriedigung sollte diesen Wünschen gegen Ende der Ordensherrschaft zu Theil werden, nicht zwar innerhalb des magdeburger Rechts überhaupt, wohl aber in den Fällen, wo dieses auf beide Geschlechter verliehen und verschrieben war.

Der Hochmeister Martin Truchsess von Wetzhausen war es, der sich eine Verbesserung desselben angelegen sein liess. Er richtete sein Augenmerk dabei namentlich darauf, dass manche Punkte deutlicher erklärt und genauer festgestellt würden, welche die zu jenem Recht ausgestellten Verschreibungen zweifelhaft liessen. Den daraus entstehenden möglichen Irrungen zwischen der Herrschaft und den beliehenen Grundbesitzern sollte vorgebeugt werden²⁾.

Im Jahre 1485 fanden auf Befehl des genannten Hochmeisters in einer Tagfahrt zu Königsberg mit der Ritterschaft in Anwesenheit des Bischofs Johann von Samland und einiger Mitglieder seines Domkapitels Verhandlungen und Berathungen

¹⁾ Man vgl. z. B. die Verschreibung des Bruders Heinrich Reuss von Plauen, Kompturs von Mohrungen, welche dieser als Statthalter des Hochmeisters im Jahre 1468 dem Wend von Eylenburg über die ihm zu magdeburger Recht und „beiden können“ verliehenen Dörfer Gallingen und Postlawken (im Kammeramt Bartenstein) ertheilte (v. Mülverstedt, *Diplomatar. Heburgense* II S. 816). — ²⁾ S. den Eingang zu der weiterhin anzuführenden Verordnung vom Jahre 1487.

statt. Das Ergebniss derselben war die Vereinbarung des Entwurfs¹⁾ einiger Artikel über die Vererbung und Veräusserung der auf beide Geschlechter verliehenen magdeburger Lehnsgüter, wie wir jetzt, nachdem ihre Lehnseigenschaft einmal feststand, die zu magdeburger Recht verliehenen Güter nennen wollen. Den Entwurf legte der Hochmeister, nachdem er inzwischen noch eine Rechtsbelehrung der Leipziger Juristenfacultät durch deren Ordinarius Johannes von Breitenbach eingeholt hatte²⁾, auf einer zum 1. August 1487 einberufenen Tagfahrt den Deputirten der Ritterschaft und Mannschaft, sowie der Städte Königsberg und Kneiphof zur abermaligen Berathung und Beschlussfassung vor. Es kam so zur Abfassung und Verkündung des sg. Privilegs³⁾ des Hochmeister Martin Truchsess de dato Petri ad vincula (1. August) 1487. Die Bezeichnung Privileg ist jedoch keine richtige. In Wahrheit handelt es sich um eine Anzahl mehr oder weniger zusammenhängender Bestimmungen, die eine Verordnung ausmachen, welche mit den Ständen vereinbart und vom Hochmeister erlassen und publicirt wurde, nachdem beide Theile einander ihre Beobachtung und Befolgung feierlich versprochen und angelobt hatten⁴⁾. Auf deren Inhalt ist jetzt des Näheren einzugehen.

In Betracht kommen zunächst der erste und der dritte Artikel⁵⁾.

Sie stellen die Bedeutung der Verleihung des magdeburger Rechts auf beide Geschlechter fest. Die weibliche Erbfolge findet darnach nicht schlechthin statt, sondern nur unter der

¹⁾ Er findet sich abgedruckt in den Acten der Ständetage Preussens V S. 396—398. — ²⁾ S. Voigt, Geschichte Preussens IX S. 158. — ³⁾ Als ein solches bezeichnet die V. v. 1487 Hartknoch, Altes und neues Preussen S. 595. Ebenso Töppen, der Herausgeber der Acten der Ständetage Preussens V S. 404. — ⁴⁾ S. den Ausgang der Verordnung v. J. 1487 in den Acten der Ständetage Preussens V S. 408. — ⁵⁾ Art. 1: „Inns erste ist vorwillet vnnd beschlossen, in welchen lehnsguthe zu Magdeburgischem rechte und beiden können vorschreiben ein man stirbett und kein menlich leibs erben noch ime lehst, sonder ein eelich tochter, dieselbige tochter sall das lehnsgutt erben“. — Art. 3: „Item zcum dritten mole ist vorramet und zugelossen, in welchen lehnngute zu Magdeburgischem rechte vnnd beiden können vorschriben ein man stirbett und einen adder mehr sône und eine tochter adder mehr hinder ime lehst, die sône sullen das lehnsgutt erben“.

Voraussetzung, dass keine männlichen Erben vorhanden sind. Eine Neuerung war das nicht. Schon die ältesten Verschreibungen, welche auf beide Geschlechter lauten, eröffneten beim Tode des Beliehenen den Töchtern und andern weiblichen Verwandten die Erbfolge nur in den Fällen, wo sie mit männlichen Erben nicht concurrirten¹⁾. Hinwiederum entsprach es den Vorschriften des sächsischen Lehnrechts, welche inzwischen im Lande Geltung erlangt hatten, wenn weiter bestimmt wurde, es sollten die Lehnsgüter auch bei Eröffnung der weiblichen Erbfolge nur in gerader Linie vererbt werden. Demgemäss wurden im Allgemeinen die Brüder und Schwestern nicht zu der Lehnserbschaft verstorbener Geschwister verstattet, wenn letztere verstarben, ohne männliche oder weibliche Leibeserben zu hinterlassen. Die zu beiden Kunnen verliehenen Güter sollten dann als erledigt an die Herrschaft fallen²⁾.

Keine Abweichung von diesem Princip enthält der Artikel 5³⁾, soweit darin verordnet wird, es solle der Antheil an einem von mehreren Brüdern ohne Realtheilung gemeinschaftlich besessenen und genutzten Lehn beim Tode eines derselben ohne Hinterlassung von Leibeserben auf den überlebenden Bruder oder nach dessen Ableben auf seine Kinder übergehen. War es doch nicht ein Erbrecht, sondern ein Zuwachsrecht, worin sich

¹⁾ S. die Urkunde des H. M. Konrad von Jungingen vom Jahre 1396 (Königsberger Staatsarchiv, Alte samländische Handfesten A. 215) für den Stammpreußen Nusselmuren, worin es heisst: „vnd begnadigen in do mit ap her on menliche erbe dirstorbe vnd tochter hinter im lisse, dass die genanten gutter an die toechter mochten erben“ u. s. w. S. ferner die Urkunde desselben H. M. v. J. 1404 (v. Mülverstedt, Geschichtliche Nachrichten von dem altpreussischen Adelsgeschlecht von Ostau S. 99). Vgl. auch die Urkunde des H. M. Paul von Russdorf v. J. 1427 (Voigt, Darstellung der Rechtsverfassung Preussens S. 28 Note 50). Darnach erhält Hans von Baisen gewisse Güter zu magdeburger Recht „mit solcher Unterscheid, war es, das er nicht manneserben sunder tochter nach seinem tode lassen würde, so thun wir den tochteren sulche gnade, das sie boben genante güter erben sullen vnd ihre kinder vordan zu magdeburgischem rechte haben vnd besitzen“. — ²⁾ Art. 3. — ³⁾ Art. 5: „Item zeum funfften, wo zween, drey adder mehr leibliche bruder ungesundert samptlich ein adder mehr lehn güter haben unnd mit wonung sich scheiden, ire zeinszer unnd das lehnngut doch ungeteyllt bleibet; welcher dan ane leibs erben vorstirbt, des annteil sal ann seinen bruder, und noch tode desselben bruders bruder kynder gefallen“.

der Anfall des erledigten Lehnsantheils gründete. Es kam seinem Wesen und seiner Bedeutung nach überein mit dem Recht, welches den Gesamthändern bei stattgehabter Gesamtbelehnung gegenseitig zustand, wenn sie die gesamte Hand bis zu ihrem Tode aufrecht erhielten. Solange keine Investitur bei der Verleihung der magdeburger Lehnsgüter stattfand, konnte in Ermangelung einer Gesamtbelehnung¹⁾ die gesamte Hand im eigentlichen Sinne nicht Platz greifen. Wohl aber liessen sich die Vorschriften des sächsischen Lehnrechts über die gesamte Hand auf die magdeburger Lehnsgüter in der Weise übertragen, dass man die Wirkungen derselben, statt an die Gesamtbelehnung, an den gemeinschaftlichen Besitz und die ungesonderte Nutzung des Lehns durch mehrere Brüder knüpfte.

Nicht die gleiche Bewandniss hat es mit zwei andern Bestimmungen der Artikel 3 und 5. Sie statuiren wirkliche Ausnahmen in Ansehung der sonst den Seitenverwandten vorerhaltenen Lehnserbfolge und sind darum für die Geschichte des magdeburger Rechts nicht ohne Interesse. Nachdem das sächsische Lehnrecht für die Vererbung der magdeburger Güter einmal massgebend geworden war, machte die Ordensregierung mit Zulassung dieser Ausnahme wieder die erste Concession, welche über die der Lehnserbfolge gezogenen Schranken hinausführte. Die eine dieser Ausnahmen betrifft den Fall, wenn einer von mehreren Brüdern nach erfolgter Realtheilung des Lehnsgutes seinen Theil an einen derselben veräusserte. Stirbt hierauf der Käufer ohne Leibeserben, dann soll das Lehngut an den Bruder, der seinen Antheil dem Verstorbenen verkaufte, oder an dessen Kinder erben. Es tritt also kein Heimfalls-

¹⁾ Die ersten Fälle einer Gesamtbelehnung zu magdeburger Recht gehören, soweit ich es habe ermitteln können, dem 16. Jahrhundert an. Vgl. die Urkunde, welche der Herzog Albrecht im Jahre 1541 über die Verleihung der Güter Paulsdorf und Bantaw in Pomesanien zu magdeburger Recht an den Johann von Kospoth mit Aufnahme von dessen Vettern in die gesamte Hand ausstellte (Pomesan. Urk.-Buch, herausgegeben von Cramer, Nr. 241). Jedoch handelte es sich dabei, wie nicht zu übersehen ist, um eine Gesamtbelehnung in der Bedeutung, welche das neuere sächsische Recht damit verbindet. Es sollten damit nur eventuelle Successionsrechte begründet werden, ohne den gemeinsamen Besitz des Lehns von Seiten der Gesamthänder zu erfordern.

recht des Lehnsherrn ein, obwohl solches an sich, der vorangegangenen Realtheilung wegen, begründet gewesen wäre¹⁾.

Die zweite Ausnahme geht die weibliche Erbfolge an. Wenn im Besitze des vom Vater ererbten magdeburger Gutes mehrere Brüder oder auch nur ein Bruder ohne Nachkommenschaft versterben, ehe und bevor sie einundzwanzig Jahre alt und damit grossjährig geworden sind, soll eine ihrer Schwestern Lehnserbin werden. Es cessirt also das herrschaftliche Heimfallsrecht, das sonst Platz greifen würde, stürben sie erst nach erreichter Grossjährigkeit ohne Hinterlassung von Leibeslehns-erben²⁾.

Wie es hier nur eine von mehreren Schwestern ist, welche das Lehn bekommt, so wird die Individualsuccession überhaupt für alle Fälle angeordnet, wo die weibliche Erbfolge in Frage steht. So soll namentlich von mehreren Töchtern eines Lehnbesitzers, der ohne männliche Descendenz verstirbt, immer nur eine im Lehngute bleiben³⁾. Im Gegensatze zur Lehnsfolge der männlichen Erben, welche keine Untheilbarkeit des Lehns erforderte, wurde hierdurch für das weibliche Geschlecht eine Beschränkung eingeführt, von der das frühere Recht noch nichts gewusst hatte⁴⁾.

¹⁾ Art. 5: „Teylen sie sich aber und werden mit dem gute und zcinszern gesündertt, welcher dann so ane leibs erben verstirbt, das lehnngutt sal ann die hirschafft gefallen. Item were es ouch sache, das ein bruder den andern sein teyll des lehnngutts vorkowffen wurde, unnd der koufer ane leibs erbenn vorsturbe, adder seine erben ane leibs erben vorstarben, so sal das lehnngutt ann den bruder und seine kynder, der sien annteyll des lehnngutts vorkowfft hatte erben“. —

²⁾ Art. 3: „Stürben — die brudere adder der bruder ee und zuvor sie komen wern zu mondigen joren — so sall der swestern eine widder inn das gutt komen“. Vorher heisst es in demselben Artikel: „So — die sône alle ane leibes erben vorstürben, so sie zu iren mondigen jaren, das ist ein und zweinczic jor alt weren adder komen sein, als dann sull das lehnngutt ann die hirschafft gefallen“. — ³⁾ Art. 1: „Sein — mehrere eeliche tochter, so sull eine durch irer frunde ratt in dem lehnngutte bemannet bleiben“. — ⁴⁾ Vgl. Verschreibung des H. M. Konrad von Jungingen v. J. 1404 (v. Mülverstedt, Geschichtliche Nachrichten von dem altpreuss. Adelsgeschlecht von Ostan S. 99). Darnach fällt das zu magdeburger Recht und beiden Konnen dem Albrecht von Elmich verliehene Gut Kussitten, wenn dieser ohne männliche Erben stirbt, an seine Töchter, nicht bloss an eine derselben.

Die bis jetzt besprochenen Artikel ergeben, dass das Erbrecht in die zu beiden Kunnen verliehenen magdeburger Güter nur wenig erweitert wurde. Demgemäss erfuhr andererseits das lehnsherrliche Heimfallsrecht auf dem directen Wege einer Vermehrung der zur Lehnserbfolge berufenen Personen eine nicht gerade bedeutende Einschränkung.

Um so wichtiger war es für die Lehnbesitzer und ihre Allodialerben, wenn in die Verordnung von 1487 zugleich Bestimmungen über die Veräußerung und Verschuldung der Lehnsgüter aufgenommen wurden, welche diese ermöglichten oder erleichterten. Die Veräußerung, wenn man sie verstattete, involvirte für den Lehnsherrn nicht zwar direct, wohl aber mittelbar eine wesentliche Beschränkung seines Heimfallsrechts. Konnte doch der Heimfall bei stattfindendem Verkaufe des Lehngutes an einen andern Lehnsmann auf nicht absehbare Zeit hinausgerückt werden, während sein Eintritt vielleicht sehr nahe bevorstand, wenn es im Besitze des bisherigen Inhabers blieb. Nicht weniger erheblich aber war der Umstand, ob die ledig werdenden Lehngüter frei und unbelastet oder mit Schulden beschwert in die herrschende Hand zurückkamen.

Wer das erwägt, wird nicht anstehen dürfen, die vom Hochmeister Martin Truchsess bezüglich der Veräußerung und Verschuldung der zu beiden Geschlechtern verliehenen magdeburger Lehngüter als liberale anzuerkennen.

Jeder Lehnsmann, der zu magdeburger Recht und beiden Kunnen angesessen war, bekam durch die Verordnung von 1487 das Recht, seine Güter zu verkaufen und zu verpfänden (zu versetzen), an wen es ihm beliebte. Nur musste er diese zuvor dem Orden, als dem Lehnsherrn, zum Kaufe oder zur Pfandnahme anbieten. Im Uebrigen war dazu weiter nichts erforderlich, als dass der Veräußerer, um als verfügungsfähig gelten zu können, sich noch im Vollbesitze seiner körperlichen und geistigen Kräfte befand. Doch selbst einem altersschwachen Mann wollte man die Möglichkeit der Veräußerung und die Aussicht, dadurch die nöthigen Subsistenzmittel zu gewinnen, nicht gänzlich benehmen. Man erlaubte ihm, sich deshalb an die Herrschaft zu wenden. Diese sollte mit guten (sachverständigen) Leuten darüber befinden, ob ihm zu vergönnen

wäre, einige Hufen von seinem Gute zu verkaufen oder zu verpfänden¹⁾).

Nicht weniger liberal, wenn auch minder umfassend war das den Lehnsmannen eingeräumte Recht, Schulden zu contractiren, die, ohne des lehnsherrlichen Consenses zu bedürfen, als Lehnsschulden galten und aus den Lehngütern und deren Einkünften zu zahlen waren.

An erster Stelle ist hier der Verpflichtung zu gedenken zur Ausstattung wie überhaupt zur Versorgung der von der Lehnserbfolge ausgeschlossenen Vasallentöchter. Die Söhne, welche das Lehngut erben, haben diese Dotationspflicht gegenüber ihren Schwestern zu erfüllen²⁾). Ebenso muss bei stattfindender Weiberfolge die Tochter, welche als Lehnserbin das Gut erhält, ihre Schwestern daraus ausstatten und versorgen³⁾). Unter Umständen ist die den Töchtern des verstorbenen Lehnsmannes zu gewährende Mitgift hinterher noch zu erhöhen. Es hat solches zu geschehen, wenn Brüder, nachdem sie in den Besitz des väterlichen Lehns gelangt sind, kinderlos versterben. Wie oben bemerkt ist, wird dann, je nachdem, ob ihr Tod vor oder nach erreichter Grossjährigkeit erfolgt, entweder einer der Schwestern die Lehnserbschaft eröffnet, oder es tritt der Heimfall des Gutes an die Herrschaft ein. Wenn das erstere zutrifft, hat die Schwester, die da Lehnserbin wird, den übrigen Schwestern die von dem verstorbenen Bruder oder den Brüdern gewährte Mitgift zu erhöhen⁴⁾). Die gleiche Verpflichtung liegt aber auch dem Orden als dem Lehnsherrn ob, wenn an ihn im andern Falle das ledig gewordene Lehn kommt.

¹⁾ Art. 6: „Item ein man, gesessen im Magdeburgschen rechte zu beiden können, der mag seiner gutter mechtig sein zu verkowffen adder zcu vorsetzen, wen ime da gelibet, doch also, das er es der hirschafft zuvor annbeuth. Were es aber, das ein man so alt were und vor alters inn die kynheitt komen were, der sall es der hirschafft zu wissen thun, und die hirschafft mit sampt andernn guten lewthenn sullen erkennen, was man demselben manne vorgunnen sulle, ettlich huben dovon zu vorkowffen adder zu vorsetzen, wie man das im besten erkennth, domit er sich sein leben enthalten möge“. — ²⁾ Art. 3: „Die söne sullen das lehnngutt erben und die swestern usgeben und vorsorgen“. — ³⁾ Art. 1: „Sein — mehre eeliche tochter, so sal eine — inn dem lehnngutte bemannet bleiben und die andern geschwister uss den gute zum manne gegeben adder sost versorget werden“. — ⁴⁾ Art. 3: „Sturben — die

Handelt es sich gegenüber den Töchtern des verstorbenen Vasallen um eine gesetzliche Verpflichtung, so wird doch weder ein Maximal- noch ein Minimalbetrag für die ihnen zu gebende Ausstattung bestimmt¹⁾.

Nicht dasselbe ist zu sagen von den Verfügungen eines noch lebenden Lehnsbesitzers zum Vortheil seiner Töchter, die zu treffen seinem freien Willen überlassen blieb. Er darf ihnen einen Theil vom Werthe des Lehngutes zuwenden und mitgeben, jedoch nicht mehr, als Allen zusammen die Hälfte²⁾. Mit der gleichen beschränkenden Massgabe wurde es dem, welcher überhaupt nur eine Tochter hatte, erlaubt, einen Theil vom Werthe des Lehns dem Manne zuzusagen, welchem er sie zur Frau geben wollte³⁾.

Noch enger waren die Schranken, welche der Testirbefugniß des Vasallen bezüglich des Lehns und seiner Belastung mit Schulden auf Grund letztwilliger Verfügung gezogen wurden.

brudere adder der bruder ee und zuvor sie komen weren zu mondigen joren — so sall die swester eine widder in das gutt komen unnd die andern swestern ire mittegißf erhohen“. Vorher heisst es im selben Artikel mit Rücksicht auf den Fall, wenn der Tod der Brüder erfolgt, nachdem sie bereits grossjährig geworden sind: „alls dann sall das lehnngutt ann die hirschafft gefallen und den usgegebenen swestern sall ire mittegißf erhohett werden nach erkentnuss der hirschafft, irer nehsten frunde, gutter lewthe und noch werden der gutere, unnd die hirschafft sall sich der guter nicht underwinden, ee und zuvor sollch erkentnuss gesatzt unnd gescheen ist“.

¹⁾ Es bleibt sogar im Allgemeinen dahingestellt, welches Verfahren bei der Ermittlung und Abmessung der zu gewährenden Ausstattung zu beobachten ist. Nur für den Fall, wo der Orden das erledigte Lehn an sich nimmt, wird verordnet, es solle die Festsetzung des Betrages, um welchen die den Töchtern gewährte Ausstattung zu erhöhen ist, stattfinden auf Grund eines Gutachtens sachverständiger Leute und mit Berücksichtigung des Werthes des betreffenden Gutes. Die Herrschaft hat sich darüber, wenn irgend möglich, mit den Blutsfreunden der Vasallentöchter gütlich zu einigen. — ²⁾ Art. 2: „Item — so ein man inn Magdeburgischem rechte und zu beiden können gesessen zwo, drey adder mehr tochter hette, das der mechtig sey seinen töchtern ein teyll seines lehnngutt mitzugeben, doch nicht mehr denn inn allen die helffte“. — ³⁾ Art. 2: „Item — ist vorramet und zugelossen, in welchen lehnngutte zu Magdeburgischen rechte und beiden können vorschriben ein man eine eynige tochter hott, mag und sall er ir einen man geben und demselbigen, dem er seine tochter geben wil, dem sall er nicht mehr dann uffs hohste die helffte, was das lehnngutt wert ist, zusagen“.

Es sollte ihm nur freistehen, dem zu bedenkenden Erben oder Vermächtnissnehmer je nach dem Werthe des Gutes zwanzig, dreissig, vierzig oder höchstens fünfzig Mark an Kapital auszuwerfen und dieses zu einer Lehnsschuld zu machen¹⁾).

Dafür erhielt jetzt der Besitzer eines magdeburger Lehnsgutes zu beiden Kunnen, mochte er nun ein Mann oder eine Frau sein, volle Testirfreiheit über sein ganzes bewegliches Vermögen. Der Orden verzichtete seinerseits auf all und jeden Anspruch, den er deshalb früher erhoben und geltend gemacht hatte. Wie bei bevorstehendem Heimfall des Lehns der Vasall darüber ungehindert verfügen durfte, sollte die Fahrhabe, wenn er ohne Testament oder sonstige letztwillige Verordnung verstarb, an seine nächsten gesetzlichen Erben fallen. Nur waren daraus vorweg die vorhandenen Schulden der inneren Hauswirtschaft, Gesindelohn u. a. m. zu decken. Dahingegen musste ein vom Verstorbenen mitgelobtes Ehegeld und das von dem Ankauf des nachgelassenen Lehns etwa noch rückständige Kaufgeld aus den Gütern bezahlt werden. Denn auch das letztere sollte als Lehnsschuld gelten²⁾).

Im Jahre 1525 endigt die Herrschaft des Deutschen Ordens über Preussen. Der frühere Ordensstaat wird durch den Krakauer Vertrag in ein weltliches Erbherzogthum umgewandelt. Der letzte Hochmeister Albrecht der Hohenzoller empfängt Preussen in den Grenzen, welche der Thorner Frieden von 1466

¹⁾ Art. 7: „Item es ist ouch vorwilliget unnd beschlossen, das ein man in Magdeburgischem rechte unnd zu beiden kunnen mechtig sey, ein testament zu setzen noch wurden der guter eine marg, tzweinzig, dreyszig, vierzicgk adder fumffzicg unnd nicht hoher“. — ²⁾ Art. 4: „Item — ist vorramet und zugelossen, inn welchen lehnngutt zu Magdeburgischem rechte unnd beiden kunnen vorschrieben ein man adder fraw, die im lehnngutte ein erbe ist, ane leibs erben vorsturbe, so das semlich gutt an die hirschafft gefellt, was dan noch tode desselbigen vorsturbene mannes adder frawen ann forender habe unnd gereytschafft im lehnngute bleibet das sal unvorhindertt eines iglichen ann die ende gefallen, do hien es durch den vorsturbenen man adder fraw geschafft adder bescheiden ist. Hat aber der man adder fraw dovon kein bescheit gethann —, so sall die fahrende habe ann die nehsten frunde gefallen, doch mit solicher underscheitt, das alle howszschollt, also gesindelohn, bier, brott, gewanth usz der farenden habe bezcallt werden, sonder mit gelobet ehgelt sal ouch usz dem lehnngute bezcallt werden und gekowffte lehnnguter sullen usz denn lehnnguteren bezcallt werden“.

festgesetzt hatte, vom Könige Sigismund I. von Polen zu Lehn. Damit beginnt, wie in der politischen und Rechtsgeschichte des Landes überhaupt, so in der Geschichte des sg. magdeburger Lehnrechts ein neuer Abschnitt.

Der wachsende politische Einfluss, den der Adel unter dem herzoglichen Regiment erlangt, seine Stellung und Bedeutung innerhalb der Landstände, wo er bald der eigentlich ausschlaggebende Factor wird, macht sich in der Rechtsbildung geltend. Nicht zwar das Landrecht, wohl aber das Lehnrecht wurde davon zunächst berührt. Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts verliehen die Hochmeister und nachher die Herzöge Güter zu Lehnrecht schlechthin, worunter man Anfangs das sächsische, später das langobardische Lehnrecht verstand. Während am magdeburger Recht in gleicher Weise Ritter und Adelige, wie auch Bürger der Städte und andere nichtadelige Leute participirten, galt das sächsische und nachher das langobardische Lehnrecht als ein der Ritterschaft und dem Adel vorbehaltenes Recht. Die Verschiedenheit der Stände bekam damit in Preussen eine vorher nicht gekannte Bedeutung. Sie erweckte beim Adel das Bestreben, auch das magdeburger Lehnrecht, soweit es den Mitgliedern des eigenen Standes als Norm diene, zu einem Adelsrecht umzuschaffen und ihm zugleich eine Form und Gestalt zu geben, welche, dem Standesinteresse entsprechend, die möglichst lange Erhaltung des Lehnsbesitzes in den adeligen Familien sicherstellte. Am 4. Mai 1539 versammelten sich die Vertreter des Herrenstandes¹⁾, der Ritterschaft und des Adels zu einer gemeinsamen Tagfahrt in Königsberg. Sie richteten an den Herzog die Bitte, er wolle den im Jahre 1487 zwischen dem Hochmeister Martin Truchsess und den Ständen errichteten Vertrag über das magdeburger Recht zu beiden Kunnen, der ihnen Anlass zu vielfachen Beschwerden gab, für sie und ihre Güter ausser Kraft setzen und aufheben. Sie baten ferner, sie, ihre Erben und Nachkommen, möchten sie nun mit Gütern zu magdeburger Recht schlechthin, oder mit Ausdehnung auf beide Geschlechter beliehen sein, „derselben Freiheit und Gerechtigkeit mildiglich geniessen zu lassen“²⁾. Der Adel wünschte demnach nicht nur aus der

¹⁾ S. hierüber v. Brünneck a. a. O. S. 110 Note 1. — ²⁾ Privilegia der Stände des Herzogthums Preussen (Braunsberg, 1616) Fol. 44 verso, Fol. 45.

Rechtsgemeinschaft, in welcher er sich bis dahin mit den nichtadeligen Grundbesitzern befunden hatte, auszuschneiden. Er strebte auch eine Aenderung des bestehenden Zustandes dahin an, dass das magdeburger Recht, wenn es für ihn die Eigenschaft eines besonderen Standesrechts bekäme, einheitlich gestaltet werden möchte, durch Ertheilung der gleichen Freiheiten und Vorrechte an alle adeligen Besitzer magdeburger Lehngüter, ohne Unterschied, ob diese zu magdeburger Recht schlechthin oder zu beiden Kunnen verliehen und verschrieben waren.

Der Herzog Albrecht erfüllte diese Wünsche dem vollen Umfange nach. Durch das neue Gnadenprivileg über die magdeburgischen und Lehngüter¹⁾ vom Jahre 1540 hob er für den gesammten Adel des Landes die Verordnung von 1487 auf. Nicht minder gab er dadurch dem magdeburger Lehnrecht in der Anwendung auf die adeligen Grundbesitzer und ihre Güter eine ganz neue Beschaffenheit, welche wesentlich darauf berechnet war, dem Familieninteresse zu genügen. Das Recht des Lehnsherrn, namentlich das Heimfallsrecht, trat mehr zurück und fand nur noch in zweiter Linie Berücksichtigung. Der Unterschied des magdeburger Rechts schlechthin und des magdeburger Rechts zu beiden Kunnen oder, wie man seitdem zu sagen pflegte, zu beiden Kindern verlor für den Adel jede Bedeutung. Statt dessen wird jetzt unterschieden zwischen erbten magdeburger Lehngütern, welche ihrem Besitzer schon vom Vater oder Grossvater oder auch von der Mutter her zugefallen sind, und andern, welche sie selbst erst käuflich an sich brachten. In die erkaufte Lehngüter erben, wenn der Vasall ohne Söhne verstirbt, und ohne dass er, wie ihm das freistehen soll, unter Lebenden oder von Todes wegen anderweitig darüber verfügte, seine Tochter oder Töchter²⁾.

¹⁾ S. Privilegia des Herzogthums Preussen, darin Fol. 44 verso bis Fol. 46 das neue Gnadenprivileg enthalten. — ²⁾ Gnadenprivileg Art. 1 a. E. (a. a. O. Fol. 46 verso): „Hette — der verstorbene etwas bei Fürsten vnd Herrn zu diesen rechten verdiennt, vmb sein verdiennt oder sonst erworben Gelt erkaufft, also dass es an ihnen von seinen Vatern oder Altvatern nicht kommen were, das soll billich auff die Tochter oder Töchter, wo keine leibliche Söhne hinder sich verlassen, fallen, kommen vnd erben, doch dass den Vatern, in diesem die Handt auss billichen vrsachen mit solchem Gut zu gebahren, frey vnd offen stehe“.

Die weibliche Erbfolge findet daher hier in derselben Weise statt, wie früher nach dem magdeburger Recht zu beiden Kunnen.

Eine ganz andere, von der bisherigen Rechtsverfassung abweichende Regelung erfuhr die Succession in die ererbten Lehnsgüter. Wenn man diese als Stammlehen ansah, so kam es darauf an, dass ihr Besitz nicht sowohl den Erben der Vasallen überhaupt, sondern den Agnaten möglichst lange erhalten bliebe. Dieser Zweck, den das adelige Familieninteresse gebot, liess sich nicht anders erreichen, als durch Erweiterung der Lehnserbfolge in der Seitenlinie und durch Bevorzugung der Brüder und entfernteren Agnaten des letztverstorbenen Lehnbesitzers vor dessen Töchtern. Demgemäss beruft denn das Gnadenprivileg, so oft ein Vasall im Besitze ererbter magdeburger Lehnsgüter verstirbt, zuerst seine ehelichen Söhne und anderen männlichen Descendenten, in Ermangelung von solchen aber den nächsten Schwertmag, Bruder, Bruderssohn, Vetter u. s. w. zur Erbfolge in das Lehn. Bei den entfernteren Seitenverwandten wird vorausgesetzt, dass sie vom ersten Lehnserwerber abstammen. Dahingegen soll es keinen Unterschied mehr machen, ob der Bruder, Bruderssohn oder Vetter das Lehn mit dem verstorbenen Vasallen bis zu dessen Tode in gemeinschaftlichem Besitze hatte, oder ob dasselbe unter ihnen reell getheilt wurde¹⁾.

Schliesst der nächste Schwertmag die Tochter des verstorbenen Vasallen von der Lehnserbschaft aus, so wird dem weiblichen Geschlecht die Aussicht auf die Succession in das Lehn darum doch nicht gänzlich benommen. Vielmehr eröffnet

¹⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 45 verso: „welcher von der Herrschaft, Ritterschaft vnd Adel — in Gütern so zu Magdeburgischem Recht zu beyden Kindern, auch Magdeburgischem vor sich, verschrieben, verstürbe, Söhne vnd Töchter, die im Ehelichen Stande vnd Bette gezeuget, hinder sich verliesse. Sollen als dann die Söhne das Väterliche vnd Mütterliche Gut erben — vnd wo es sich — begeben, dass ein Mann — verstürbe, vnd lisse hinder sich keinen leiblichen Sohn — so soll der, welcher der negeste Schwertmagen eines Namens, Schildes vnd Helms sein würde, es sey Bruder, Brüder Kinder, oder aber auch weitere Siefschaft, doch wie oben gemeldet desselben Blutes Stammes, Namens, Schildes vnd Helms, vnangesehen sie die Brüder, oder Vettern waren getheilt gewest, mit dem Rauch vnd Gut, oder nicht, vor den Töchtern oder Schwestern das alt vnnd Väterliche Gut erben“.

sich ihm die Lehnserbfolge wenn auch erst nach gänzlichem Abgange des Mannesstammes, mithin, wenn weder Söhne oder andere männliche Erben in gerader Linie, noch Brüder oder entferntere Agnaten vorhanden sind. Als nächstberechtigte weibliche Erben des Verstorbenen kommen dann die Töchter und deren Nachkommen in Frage; in deren Ermangelung geht das Lehn auf eine der Schwestern über. Damit aber endet nun allerdings die Erbfolge der Weiber. Entferntere weibliche Anverwandte des letzten Besitzers haben auf die Lehnssuccession keinen Anspruch. Demnach tritt dem Adel gegenüber das herrschaftliche Heimfallsrecht an magdeburger Lehen ein, wenn der letzte männliche Besitzer nach Abgang des Mannesstammes weder Töchter noch Nachkommen von solchen, noch auch Schwestern hinterlässt.

Zu der Erbfolge der Töchter und Schwestern ist noch zu bemerken, dass sich diese beim Vorhandensein mehrerer von ihnen zu einer Individualsuccession gestaltet. Es soll nämlich, wenn alle Töchter und Schwestern bis auf eine verheirathet und ausgestattet sind, die unversorgte Tochter oder Schwester das Lehngut behalten. Hinterlässt aber der verstorbene Vasall mehr denn eine unausgestattete Tochter oder Schwester, dann erhält die älteste das Gut. Hinwiederum hat, wenn sie sämmtlich schon zu Lebzeiten des Vaters oder Bruders verheirathet und ausgestattet wurden, die jüngste vor den übrigen Töchtern oder Schwestern den Vorzug ¹⁾).

¹⁾ Gnadenprivilig a. a. O. Fol. 46 verso: „wo einer von der Herrschafft vnd Adel — innen Magdeburgischen Rechten zu beyden Kindern vnd sonst Magdeburgischen vor sich sitzend verstürbe, vnd hinder sich keinen männlichen Samen, als Söhne, Brüder, Vettern vnd dergleichen, so eines Stammes, Bluts, Namens, Schildes vnd Helms weren, sondern allein eine Tochter oder Töchter, eine Schwester oder Schwestern, oder aber beyde Geschlecht Männliches vnnnd Weibliches verlisse, da doch dass Männliche ohne Erben männliches Samens verstürbe, so soll der nachgelassenen Tochter oder Töchtern, Schwester oder Schwestern — in dem Gute —, sie weren aussgegeben bemannet oder nicht, bleiben; doch wo sie alle biss auff eine Tochter oder Schwester begeben vnd aussgestewret, dass die vnuersorgte im Gut bleibe —. Wo aber mehr dann eine vnaussgegebene Tochter verlassen, so soll die im Gute bleiben, welche die älteste vnd vnaussgegebene nach des Vatern todt sein würde, — wo sie aber alle begeben, sol die jüngste, so nach ihres Vaters tode bey leben, ins Gut gewieset werden, dasselbe besitzen“ —.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Wiederbeseitigung fast aller Beschränkungen, welche die Unterordnung des magdeburger Rechts unter die Grundsätze des sächsischen Lehnrechts zur Folge gehabt hatte, für den Adel und die von ihm besessenen magdeburger Güter. Wenn etwas noch an die Ausschliessung der Seitenverwandten von der Lehnserbfolge erinnerte, war es etwa nur noch die eine Bestimmung des Gnadenprivilegs, dass allein die Schwestern, nicht auch entferntere weibliche Seitenverwandte des verstorbenen Lehnbesitzers in das Lehn succediren sollten. Dennoch würde es verkehrt sein, wollte man in der Ausdehnung des Erbrechts auf die Agnaten und die Schwestern verstorbener adeliger Vassallen eine Rückkehr erblicken zu dem älteren magdeburger Recht und den darin enthaltenen dienstrechtlichen Elementen. Daran dachte im 16. Jahrhundert wohl kaum Jemand mehr. Ueberdies bestimmte das Gnadenprivileg, es sollte mit der fahrenden Habe und mit dem, was sonst der adelige Besitzer eines magdeburger Gutes an Allodialvermögen bei seinem Tode nachliesse, nach Art des kölmischen Rechts gehalten werden, oder mit andern Worten, seinen Erben beziehungsweise seiner Wittve zufallen und unter diesen Gegenstand der ehelichen Halbtheilung werden ¹⁾. Es entfiel so jedes Recht des Lehnsherrn auf einen Theil des beweglichen Nachlasses, der sich in magdeburger Gütern des Adels vorfand, soweit es nicht ohnehin schon bei stattgehabter Verleihung zu beiden Kunnen durch die Verordnung von 1487 abgeschafft war. Damit aber verschwand innerhalb des Erbrechts des Adels die letzte Reminiscenz an die Thatsache, dass man das magdeburger Recht ehemals nicht als ein wahres Lehnrecht angesehen, sondern

¹⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 47—47 verso: „Wo — der Nahme, Stamm, Schilt vnd Helm, ohne einige mehr gelassene Erben dess Stammes vnd Nahmens Männlichs oder Weiblichs Geschlechts gantz vnd gar abgehen, so sol als dann vnd nit eher das Magdeburgische Gut zu beyden Kindern, vnd Magdeburgisch vor sich, an Vns, vnseren Erben, alle vnd jeden Erbnahmen vnd nachkommende Herrschafft, als den Landesfürsten sterben, fallen vnd kommen, was dann an allem dem, so zu fahrender Haabe, oder dem Erbe, nach Magdeburgischen Rechten gehörig, von einem der Herrschafft, Ritterschafft oder Adel vorlassen, dess sol die Erbforderung vnd entpfahung desselben, nach art dess Cölmischen Rechtens oder Privilegii gehalten werden“.

mehr nach Art des Hof- und Dienstrechts behandelt hatte. Nicht in der Wiederbelebung des älteren Rechts und der es beherrschenden Anschauungen werden wir also den Grund für die Erweiterung der Lehnserbfolge durch das Gnadenprivileg suchen dürfen. Wir werden vielmehr wohl nicht fehl gehen mit der Annahme, dass es das langobardische Lehnrecht¹⁾ war, welchem man die bezüglichlichen Vorschriften entlehnte. Es ist das namentlich von der unbeschränkten Zulassung aller männlichen Seitenverwandten zu behaupten, soweit solche nur überhaupt ihre Abstammung vom ersten Lehnserwerber nachzuweisen vermochten.

Wurde die Vererbung der magdeburger Lehnsgüter innerhalb der adeligen Familien in einer neuen und verglichen mit dem früheren Rechte selbständigen Weise geordnet, so bedurfte es dagegen für die Feststellung der Modalitäten der Veräußerung und Verschuldung derselben keiner durchgreifenden Aenderungen. Der bezüglichliche Inhalt der Verordnung von 1487 war so liberal, dass man den Wünschen des Adels gerecht werden konnte, wenn man diese zu Grunde legte und daran entsprechende Vorschriften knüpfte. Demgemäss wird denn in dem Gnadenprivileg den adeligen Vasallen bei Erfüllung gewisser Bedingungen gestattet, solange sie noch in „walmügenden Jahren“ stehen, d. h. noch körperlich und geistig rüstig sind, ihre magdeburger Lehnsgüter zu verkaufen und zu verpfänden. Die beabsichtigte Veräußerung ist jedoch dem Lehnsherrn anzuzeigen und um deren Zulass bei ihm nachzusuchen.

Dieser hat sie dann unverzüglich zu genehmigen, den Consens zu versagen steht ihm nicht frei. Seinerseits aber hat der Vasall, welcher sein Gut verkaufen will, es noch ausserdem seinen nächsten Blutsfreunden, und wenn diese es nicht bedacht sind zu kaufen, seinen Schildfreunden (adeligen Standesgenossen) zum Kaufe anzubieten. Ist auch von diesen Niemand zum Ankauf bereit, dann soll der Lehnsherr vor jedem Fremden den Vorzug und das nächste Anrecht zum Er-

¹⁾ Schon in der für Preussen bestimmten Bearbeitung der IX Bücher magdeburger Rechts, welche Johannes Lose um 1444 oder 1445 verfasste, bildeten die libri feudorum die Hauptquelle der Darstellung des Lehnrechts, welcher ein besonderes dem IX. Buche hinzugefügtes Kapitel gewidmet ist. S. Steffenhagen, Deutsche Rechtsquellen in Preussen S. 163.

werbe des Gutes gegen Erlegung des gebührenden Kaufgeldes haben ¹⁾).

Anlangend die Verschuldung der magdeburger Lehnsgüter ist hier wieder an erster Stelle der Verpflichtung zu gedenken, welche die Söhne des verstorbenen Vasallen gegenüber ihrer Schwester oder ihren Schwestern zu erfüllen haben. Sie sollen ihnen nach dem Gnadenprivileg zum Zweck ihrer Verheirathung eine standesgemässe, hinwiederum aber auch dem Werthe des Lehns entsprechende und diesen nicht übersteigende Mitgift gewähren. Kommt es deshalb zu keiner gütlichen Einigung unter den Interessenten, dann soll der Betrag der Mitgift von dem Lehnsherrn mit Zuziehung und Beirath der nächsten Blutsverwandten der dotationsberechtigten Töchter festgesetzt werden. Wenn irgend möglich, ist das dazu bestimmte Kapital auf einmal zu zahlen. Lässt sich das aber nicht ohne Nachtheil für das Lehn und den darauf ruhenden Dienst bewirken, dann soll es bis zur gänzlichen Tilgung mit fünf vom Hundert verzinst werden ²⁾). Die gleiche Dotationspflicht überkommt der nächsten Schwertmag, wenn beim Mangel von Söhnen das Lehn in der Seitenlinie des Mannsstammes vererbt. Auch dann ist, wenn kein Vergleich geschlossen wird, die Höhe der den Töchtern oder Schwestern des verstorbenen Vasallen zu gewährenden Mitgift vom Lehnsherrn mit Zuziehung der Blutsverwandten zu normiren. Es soll dann überdies den Töchtern oder Schwestern das Recht zustehen, im Gute so lange zu bleiben und ihre Versorgung daraus zu fordern, bis ihnen das Kapital ihrer Mitgift ausgezahlt wird ³⁾). Wird endlich nach

¹⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 47: „ob einer von der Herrschafft vnd Adel — auss notdurft oder sonst seiner Besserung nach, seine Güter bey seinen wolmügenden Jahren verkauffen oder verpfenden mustz vnd wolte, sol ihnen solches jederzeit zu thun offen stehen, vnd zugelassen sein, jedoch also, dass ers mit wissen der Obrigkeit die ihme darzu auff sein vnderthenigstes bitten vnd anzeigen den zulass ohne verzug nicht versagen sol, thut vnd solchen Kauf erstlich seinen nehesten Freunden, dem gebrauch nach anbieten, demselben oder einem von der Herrschafft vnd Adel, der zum Dienst tüglich vnd am meisten darumb giehet verkauffe, wann aber die Bluts- vnd Schildfreunde dess zu kauffen nit bedacht, das alsdann die herrschafft vor den frömbden vmb das gebührende Gelt die nehesten seien“. — ²⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 45 verso. —

³⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 46.

dem gänzlichen Abgange des Mannsstammes dem weiblichen Geschlecht die Lehnserbfolge eröffnet, so geht die Dotationspflicht auf diejenige von mehreren Töchtern oder Schwestern über, welche das Lehngut erhält. Sie hat ihre Schwestern standesgemäss auszustatten, oder, wenn diese früher schon eine Mitgift empfangen, solche ihnen zu verbessern und zu erhöhen¹⁾.

Unabhängig von dem Anspruch auf Mitgift ist die Forderung auf Alimentation, welche das Gnadenprivileg den Vasallentöchtern einräumt. Sie sind befugt, „den müglichen vnd ehelichen endhalt vom Essen, Trinken, auch Kleidung aus dem Lehn gute“ für so lange zu verlangen, bis sie ausgesteuert und verheirathet werden.

Die Versorgung der Töchter und Schwestern des verstorbenen Vasallen aus dem Lehn wird in dem Gnadenprivileg unter dem Gesichtspunkt einer Ausweisung aus demselben oder Abfindung betrachtet und bezeichnet²⁾. Hatte man damit im Princip anerkannt, dass die weiblichen Erben, wenn und soweit sie von der Lehnserbfolge ausgeschlossen würden, dafür durch eine Versorgung aus dem Lehn entschädigt werden müssten, so war es nur folgerichtig, dass man auch die Existenz der bis dahin aus dem väterlichen Gute versorgten Frau nicht durch ihre Verheirathung mit dem Besitzer eines andern Lehn gutes wieder in Frage stellen mochte. Die Verordnung von 1487 hatte freilich diese Consequenz noch nicht gezogen. Sie liess die Wittve des Vasallen unberücksichtigt und enthielt keine auf ihre Versorgung aus dem Lehn bezügliche Vorschrift. Anders das Gnadenprivileg. Es giebt der adeligen Wittve den Anspruch auf ein Leibgedinge. Allerdings fordert es für seine Bestellung und Anweisung auf das Lehn die lehnherrliche Genehmigung. Diese Vorschrift aber will nur dem vorbeugen, dass das zu dem Behufe in Gelde auszuwerfende Kapital³⁾

¹⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 46 verso. — ²⁾ Vgl. Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 46 verso bei den Worten: „Die andern Schwestern nach erkandnuss der Herrschafft, Freundschaft vnd wurden der Güter, ehrlich auss dem Gute gewiset werden“. — ³⁾ Dieses Kapital, welches der Ehefrau für den Fall, dass sie den adeligen Gatten und Besitzer eines magdeburger Lehn gutes überlebt, an Stelle des ihr früher am Gegenstande des Lehns eingeräumten Niessbrauches, ausgesetzt und auf das Gut angewiesen wird, dient zugleich als Widerlage oder Gegenvermächtniss.

nicht unverhältnissmässig hoch, über den Werth der zu belastenden Güter und mit Schaden der darauf ruhenden Lehnsdienste bemessen wird. Die Forderung der Wittwe, dass ihr überhaupt ein Leibgedinge aus dem Lehn ausgewiesen und gezahlt wird, ist davon unabhängig. Der Lehnsherr darf dem nicht widersprechen. Denn andernfalls braucht die Wittwe das Gut nicht zu räumen, solange nicht ihre Versorgung in der bezeichneten Weise sichergestellt ist¹⁾).

Das Gnadenprivileg wurde noch vom Herzog Albrecht selbst in einem seiner Artikel abgeändert. Es geschah das durch eine 1559 erlassene Declaration, die ihrerseits veranlasst war durch eine von den Mitgliedern des Adels auf dem Landtage des Jahres 1551 vorgebrachte Beschwerde. Der Herzog verordnete dadurch: wenn der an sich zur Lehnsfolge in der Seitenlinie berechnigte nächste Agnat keine Söhne noch weitere männliche Nachkommen habe, auch bei seinem hohen Alter oder aus andern Gründen keine Aussicht vorhanden sei, dass ihm solche geboren würden, solle nicht er, sondern die Tochter oder Schwester des verstorbenen Vasallen das Lehn erben, obwohl diese sonst vor dem gänzlichen Erlöschen des Mannestammes hierauf keinen Anspruch würden machen können²⁾).

Von allgemeinerem Interesse ist eine Neuerung, welche in der Zeit nach 1540 aufkam, nicht sowohl in Folge Ein-

Es stellt die Gegengabe des Ehemannes dar an die Frau für die von ihr in die Ehe mitgebrachte Ausstattung. S. hierüber v. Brünneck, Zur Geschichte des ehelichen Güterrechts von Todes wegen im Rechte des Adels in Ostpreussen u. s. w., Altpreuss. Monatsschrift Bd. XII, S. 233—234.

¹⁾ Gnadenprivileg a. a. O. Fol. 47: „Vnd nach dem, inhalts dieses vnsern jetzigen Privilegiums ein jede Tochter mit bahrem Gelde auss den Gütern aussgerichtet werden sollen, wird da entgegen dieselbe berathene Tochter nicht vnbillich von jren Ehegatten vorleihgedinget, dennoch (demnach) sol ein jeder von der Herrschafft, Ritterschafft vnd Adel seinem Ehegatten nach vermögen der Güter vnd dienst, damit die nicht geschwecht, mit einem ziemlichen vnd ehrlichen Leibgedinge, mit verwilligung, bekrefftigung vnd zulass der Herrschafft versorgen vnd versehen, dass die nachgelassene Witfraw ehe vnd zuvor sie solches Leibgedinges versichert, sich auss den Gütern so sie mit ihren verstorbenen Ehemann behalten, zu begeben schuldig sein nicht sol“. —

²⁾ Privilegia der Stände des Herzogthums Preussen Fol. 57—57 verso.

greifens der Gesetzgebung, sondern vermöge eines sich allmählig bildenden Gewohnheitsrechtes.

Das neue Gnadenprivileg war allein dem Adel des Landes ertheilt. Nur Mitglieder dieses Standes sollten an dem magdeburger Recht theilhaben in der Form und Gestalt, welche der Herzog Albrecht ihm damals gegeben hatte. Daran wurde nun aber in der Folgezeit nicht streng festgehalten. Nachdem zuerst in einzelnen Fällen Vasallen nichtadeligen Standes mit Gütern zu magdeburger Recht im Anhalt an die Vorschriften des Gnadenprivilegs von 1540 beliehen waren ¹⁾, geschah solches später öfters und zu wiederholten Malen. Daraus entwickelte sich die Vorstellung und wurde endlich zur massgebenden und herrschenden Ansicht, dass das magdeburger Recht von der Beschaffenheit und Bedeutung, welche es seit dem Gnadenprivileg angenommen hatte, nicht nothwendig den adeligen Stand des beliehenen Grundbesitzers voraussetze und erfordere, sondern allein von dem Umstande abhängt, ob das Lehngut mit adeligen Gerechtigkeiten verliehen und darum für ein adeliges zu erachten sei, einerlei, wer es habe, ein Adeliger oder eine Person bürgerlichen Standes ²⁾.

Sehen wir ab von der Ausdehnung, welche die Vorschriften des Gnadenprivilegs auf diese Weise erfuhren, so schliesst die Geschichte des magdeburger Rechts im Herzogthum und nachherigen Königreich Preussen bis zur Allodification der Lehen in den wichtigsten Punkten mit den Anordnungen ab, welche

¹⁾ Schon der Herzog Albrecht verlieh einmal oder das andere Mal magdeburger Lehnsgüter mit Bewilligung der im Gnadenprivileg enthaltenen Rechte an Leute nichtadeligen Standes. S. die Urkunde vom Jahre 1550 (Pomesan. U.-B. Nr. 244). Der Felix Zasin (Tzaschen) hatte mit lehnsherrlicher Bewilligung vom Bischof Paul Speratus von Pomesanien zu einer Zeit, als das Bisthum bereits säcularisirt war, das Gut Zadelen (Sadlin) von 13 Hufen gekauft. Er wurde darauf mit demselben vom Herzog beliehen und ihm zugleich die Zusicherung ertheilt, er und „seiner nachkomelinge tochter“ sollten „vehig sein — der Begnadigung vnsern getreuen untersassen von der Landschaft gethan“. Das Gut Zadelen (Sadlin) bildete vordem ein Zubehör der grösseren zu magdeburger Recht besessenen Begüterung Michelau, welche Paul Speratus im Jahre 1546 mit herzoglicher Genehmigung durch Kauf an sich gebracht hatte. Vgl. Pomes. U.-B. Nr. 217. — ²⁾ Ostpreuss. Prov.-R. Zus. 31 §§ 2—4. Zus. 43. §§ 9—14.

von dem Hochmeister Martin Truchsess und dem Herzog Albrecht herrührten.

Nicht berührt davon wurde das auf den Mannesstamm der erstbeliehenen Gutsempfänger beschränkte sg. schlecht magdeburgische Lehnrecht, soweit es die unadeligen magdeburger Güter betraf. Für dieses behielt es sein Bewenden bei den Vorschriften, die der Deutsche Orden mit Berufung auf den extrahirten Lehnsbericht des Erzbischofs Günther von Magdeburg vom Jahre 1440 dem sächsischen Lehnrecht entlehnte.

Die Verordnung von 1487 und das Gnadenprivileg von 1540 bekamen auch in den früheren Bisthümern Samland und Pomesanien¹⁾ Geltung, als diese mit ihrer Säcularisation dem Herzogthum Preussen einverleibt wurden.

Nicht dasselbe ist von dem Bisthum Ermland zu sagen, welches der Thorner Frieden von 1466 aus jeder Verbindung mit dem Ordensstaate gelöst hatte. Es behielt unter der Schutzherrlichkeit des Königs von Polen die eigene Regierung seines Bischofs und Domkapitels. Und dieser politische Vorgang äusserte innerhalb des Lehnrechts seinen Einfluss selbst dann noch weiter fort, nachdem das Gebiet, über das der dortige Bischof, beziehungsweise das Domkapitel, weltliche Herrschaftsrechte ausgeübt hatte, zufolge der ersten Theilung Polens von 1773 mit der preussischen Monarchie vereinigt worden war.

Das magdeburger Recht in der Anwendung auf Ritter und Adelige, wie nicht weniger auf nichtadelige Besitzer grösserer und kleinerer Güter kam im Ermlande nicht vor der

¹⁾ Die ältesten bis jetzt bekannten Urkunden über Verleihungen von Gütern durch die pomesanischen Bischöfe zu magdeburger Recht schlechthin und zu beiden Kunnen datiren aus dem Anfange des 16. Jahrhunderts. Vgl. Pomesan. U.-B. Nr. 205. 189. 197. Eine derselben, welche der Bischof Hiob im Jahre 1507 ausstellte (Pomesan. U.-B. Nr. 197), ist auch darum bemerkenswerth, weil darin dem Beliehenen und seinen Erben ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird, „den lehen, so oft sich dy vorledigen gebürliche vnd rechte volge zu thun“. Die damit verlangte Lehnserneuerung fand in damaliger Zeit, soweit mir das festzustellen möglich war, innerhalb des magdeburger Rechts sonst noch nicht statt. Sie wurde im Herzogthum Preussen erst durch das Landrecht von 1620 für alle Arten von Lehen eingeführt, indem nur bei Freigütern unter gewissen Umständen davon abgesehen wurde.

zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Gebrauch. Das ist der Grund, warum daselbst sofort mit seiner Aufnahme zugleich die Grundsätze des sächsischen Lehnrechts Anwendung fanden, nach welchen damals der Deutsche Orden die magdeburger Güter beurtheilte und behandelte, denn sein Verfahren diente dem ermländischen Bischof und Domkapitel als Richtschnur.

Demnach wurden die Seitenverwandten ohne Ausnahme von der Erbfolge ausgeschlossen. Einem Einrücken der Brüder und Brudersöhne in einen erledigten Lehnsantheil wurde nur stattgegeben, wenn sie mit dem verstorbenen Lehnsmanne bis zu dessen Tode das Gut in ungetheiltem Besitz gehabt hatten. Sonst fiel beim Mangel männlicher Nachkommenschaft des letzten Besitzers, oder, wenn dieser bei Verleihung zu beiden Geschlechtern ohne überhaupt Kinder zu hinterlassen verstarb, das magdeburger Gut an den Landes- und Lehnsherrn zurück. Dennoch hat sich dieses den Agnaten ungünstige Erbrecht im Ermland nur für das schlechthin ertheilte magdeburger Recht zu behaupten vermocht¹⁾. Bei Verleihungen magdeburger Güter zu beiden Kunnen oder zu beider Kinder Rechten wurde dort nachmals den Agnaten die Erbfolge eröffnet, sobald der verstorbene Lehnsmanne weder Söhne noch Töchter hatte. Nur mussten die so berufenen Seitenverwandten ihre Abstammung vom ersten Lehnserwerber nachzuweisen im Stande sein²⁾.

¹⁾ Ostpreuss. Prov.-Recht Zus. 67 §§ 2—4. — ²⁾ Ostpreuss. Prov.-Recht Zus. 67 §§ 5—7.